
Newsletter Oktober 2018

Editorial.....	S. 1
Beiträge zum ibs-Jubiläum.....	S. 2
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 7
Weitere Veranstaltungen.....	S. 14
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 25
Neu in der Bibliothek.....	S. 27
Am rechten Rand.....	S. 28
Bildnachweise und Impressum.....	S. 33

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

vor wenigen Tagen wurde die mutmaßliche Terrorzelle „Revolution Chemnitz“ enttarnt. Inzwischen wurde gegen acht Personen Untersuchungshaft angeordnet. Die Gruppe soll in Chemnitz Menschen angegriffen haben, die sie als „nicht-deutsch“ wahrnahmen. Sie soll auch weitere Übergriffe auf politisch Andersdenkende und Politiker/innen geplant haben. Wenn im Zuge der Ermittlungen gegen die Chemnitzer Gruppe nun erneut Ostdeutschland in den Blick rückt, ist es wichtig, immer wieder auf die Gefahren rechter Gewalt auch in anderen Regionen Deutschlands aufmerksam zu machen.

So zum Beispiel in Köln: Vor drei Jahren, am 17. Oktober 2015, griff Frank S. die jetzige Kölner Oberbürgermeisterin, Henriette Reker, mit einem Messer an und verletzte sie schwer. Als Motiv für seine Tat gab er eine in seinen Augen falsche Flüchtlingspolitik an. Im Juli 2016 wurde er wegen versuchten Mordes zu 14 Jahren Haft verurteilt.

Die öffentliche Aufmerksamkeit wie auch die Aufmerksamkeit der Behörden darf sich nicht nur auf „spektakuläre Fälle“ wie in Chemnitz richten. Innerhalb eines Monats registrierten unabhängige Opferberatungsstellen ab Beginn der rassistischen Mobilisierungen in Chemnitz mindestens 93 Vorfälle rassistischer, rechter und antisemitisch motivierter Gewalt und Bedrohungen. Hierbei ist nicht nur eine konsequente Verfolgung von Straftaten, sondern auch eine Solidarität mit den Betroffenen notwendig. Der Verband der Opferberatungsstellen macht deut-

lich: „Leugnen, Verharmlosen und Kleinreden rechter Gewalt stärkt die Täter und ihre Sympathisant/innen.“ Insbesondere für Migranten, Geflüchtete, Schwarze Deutsche und Menschen, die sich gegen Neonazismus und für Geflüchtete engagieren, sei es traumatisch, wenn sie das Gefühl bekommen, ihre Erfahrungen, ihre Angst und ihre Verletzungen würden als nicht relevant gelten.

Noch zwei Anmerkungen in eigener Sache: Am 26. September 2018 feierte die ibs ihr zehnjähriges Bestehen mit weit über hundert geladenen Gästen, die die Breite der Kooperationspartner/innen deutlich werden ließen. Die Feier bot Anlass für einen Rück- und Ausblick. Beiträge dazu von Dr. Werner Jung und mir ab S. 2.

Im Rahmen unserer Spendenverdopplungsaktion für das „Haus für Erinnern und Demokratie“ finden im Oktober einige mit bekannten Künstlerinnen und Künstlern (S. 7 ff.). Ab jetzt sind alle Karten nicht nur über die Museumskasse im EL-DE-Haus, sondern auch über koelnticket.de zu erhalten. Insbesondere möchte ich Sie noch auf die Lesung mit Kemal Bozay, Orhan Mangitay und Funda Özfirat am 9. Oktober im NS-DOK hinweisen.

Ich bedanke mich bei Catrin Opheys für die Unterstützung bei der Erstellung dieser Ausgabe des Newsletters.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der ibs

Zehn Jahre ibs – eine Erfolgsgeschichte Beitrag von Hans-Peter Killguss zu 10 Jahre ibs

2007 wurde aus der Kölner Ratspolitik angeregt, über Bundesmittel Projekte gegen Rechtsextremismus beim NS-Dokumentationszentrum anzusiedeln. Dem Direktor des NS-DOK, Dr. Werner Jung, gelang es jedoch, die Politik davon zu überzeugen, dass auf der Basis befristeter Projektmittel keine nachhaltige Arbeit geleistet werden kann, sondern eine dauerhafte Einrichtung, zunächst mit einer Stelle ausgestattet, sinnvoll sei (s. dazu den Beitrag von Werner Jung).

Im NS-Dokumentationszentrum ist die ibs bestens angesiedelt, ist doch die Erforschung und das Gedenken an den Nationalsozialismus in der Arbeit des NS-DOK immer auch auf Gegenwart und Zukunft gerichtet.



Unser Ziel war und ist es, nicht nur GEGEN rechtsextreme und rassistische Ungleichwertigkeitsvorstellungen tätig zu werden, sondern auch das Bewusstsein FÜR Menschenrechte, Demokratie und kulturelle Vielfalt zu fördern. Wir haben umfangreiche Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene entwickelt, die unterschiedliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in den Blick nehmen. Die Bildungsarbeit der ibs bietet keine Sozialtechnologie, die „falsche Gedanken“ in den Köpfen durch humane Einstellungen ersetzt. Vielmehr wollen wir Lernprozesse anstoßen und Argumente bieten, die zum Nachdenken anregen. Neben der Vermittlung von Wissen über Inhalte und Strukturen der extremen Rechten motivieren wir zur Diskussion um Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft. Jugendliche und Erwachsene sollen dabei Bezüge zu ihren eigenen Erfahrungen und Wissensbeständen machen können. Workshops für Schülerinnen und Schüler stellen unser „Hauptgeschäft“ dar. Darüber hinaus halten wir Vorträge und führen Seminare durch oder beteiligen uns beispielsweise an Aktionstagen. Waren es 2008 noch 78 Veranstaltungen, stieg diese Zahl bis ins Jahr 2017

auf insgesamt 273. Darin zeigt sich eindrucksvoll die große Nachfrage.

Seit 2008 führt die ibs das über Bundesmittel finanzierte Projekt „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln“ durch. Wir beraten Organisationen und Einzelpersonen bei der Entwicklung von Strategien und Durchführung von Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und zur Förderung von Demokratiebewusstsein. Beratungsnehmende sind beispielsweise zivilgesellschaftliche Initiativen, Vereine, Gewerkschaften, religiösen Gemeinschaften, Schulen, Jugend- und Bildungseinrichtungen, Ämter und Einzelpersonen. Inzwischen ist ein Netzwerk unterschiedlichster Akteure entstanden.

Ergänzend zur „Mobilen Beratung“ gibt es seit 2013 ein vom Land NRW gefördertes Projekt, mit dem längerfristige Qualifizierungsangebote und Begleitungsprozesse für Institutionen und Organisationen (z.B. Wohlfahrtsverbänden) realisiert werden. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach dem Umgang mit Rassismus und dementsprechenden Äußerungen und Parolen im Arbeitsalltag.

Darüber hinaus haben wir noch eine Menge weiterer Aufgaben. So werden extrem rechte Materialien aus Köln und dem Umland archiviert und dokumentiert, Handreichungen und Broschüren veröffentlicht sowie ein monatlicher Newsletter erstellt. Diese Tätigkeiten sind nicht mehr mit „nur“ einer Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters zu erledigen. Im Laufe der zehn Jahre wurde die Leitung der ibs ergänzt um zwei weitere aus Projektmitteln finanzierte Stellen von Mitarbeitern (je 70 %) sowie einer Reihe von Honorarkräften.

Anfangs standen das Thema Islam, Moscheebaukonflikte und die Instrumentalisierung durch die extreme Rechte im Mittelpunkt. Die aus der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ hervorgegangene „Bürgerbewegung pro Köln“ hatte mit der Auseinandersetzung um den (Neu)bau der Zentralmoschee in Köln-Ehrenfeld ein Thema gefunden, das Aufmerksamkeit versprach und mit dem man in Teilen der Bürgerschaft ankam. 2004 zog „pro Köln“ mit 4,7 Prozent in den Stadtrat ein, fünf Jahre später machten sogar 5,4 Prozent ihr Kreuz bei der Rechtsaußentruppe.

Daneben gab es auch immer neonazistische Gruppen wie die 2012 verbotene Kameradschaft Köln, mit der wir uns auseinandersetzten. Mit dem Aufkommen der „Autonomen Nationalisten“

ging es um die Vermittlung neuer Erscheinungsformen der extremen Rechten. Und selbstverständlich waren der NSU, der für zwei Anschläge in Köln verantwortlich war, die „Hooligans gegen Salafisten“, die „Identitäre Bewegung“ oder die in Köln vor allem nach den Silvesterereignissen 2015/16 auftretenden Bürgerwehren ein Thema.

2018 löste sich „pro Köln“ auf. Die Mission sei erfüllt, da die Islamkritik mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sei und es eine „bundesweit erfolgreiche Alternative zum etablierten Machtkartell“ gebe. Die in Rede stehende „Alternative“ mobilisiert das Ressentiment „gegen die da oben“ wie auch die rassistische Hetze gegen Geflüchtete und Migrant/innen. Sie distanziert sich verbal vom Rechtsextremismus

und spricht erfolgreich die Mitte der Gesellschaft an. Sie stellt eine der wesentlichen Herausforderungen in den kommenden Jahren dar.

Unabhängig davon bleibt es auch nach zehn Jahren richtig, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und das Engagement für Demokratie und Gleichberechtigung eine Daueraufgabe sind. Zu einem Meilenstein wird in diesem Zusammenhang das „Haus für Erinnern und Demokratie“ mit dem Erlebnisort „Tristan da Cunha – Abenteuer Demokratie auf einer Insel“ werden. Der auf Erlebnis und Erfahrung ausgerichtete Ansatz wird neue Zugänge zu den Themenfeldern der ibs bieten.

Hans-Peter Killguss

„Demokratieförderung als konstitutives Element der Arbeit des NS-Dokumentationszentrums“

Rede von Dr. Werner Jung auf der Veranstaltung 10 Jahre ibs am 25.9.2018

Dies ist eine Feier! Laut Einladung. Und gibt allen Grund zu feiern. Denn 10 Jahre Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus ist eine Erfolgsgeschichte, die es gebührend zu würdigen gilt. Blickt man zurück auf die Entstehungsgeschichte, dann kann man rückblickend nur sagen: Gut, dass es so gekommen ist, wie es gekommen ist.

Und die Geschichte lief so: 2007 wurde ich von einem Ratsmitglied angerufen und gefragt, ob wir nicht mit Bundesmitteln, die man beantragen müsste, Projekte gegen Rechtsextremismus durchführen könnten. Meine Antwort dürfte überrascht haben. Wir führten gerade sehr erfolgreich den Lokalen Aktionsplan durch, eben mit Bundesmitteln. Das Ziel des Aktionsplans war, – Zitat – „zielgerichtete Präventionsstrategien zur wirksamen Begegnung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu entwickeln“. Sehr gute und interessante Projekte waren dabei entstanden. Organisiert wurde es im Wesentlichen von Barbara Kirschbaum, unserer damaligen Sekretärin, die erst seit März 2006 eine halbe Stelle Museumspädagogik innehatte. Man muss es sich vor Augen führen: Ein Haus wie das EL-DE-Haus – wie das NS-DOK – das nach Pädagogik und Bildung geradezu schreit, hatte bis vor etwas mehr als 12 Jahren noch nicht einmal eine halbe pädagogische Stelle. Dafür aber Projekte.

Also sagte ich meinem Gesprächspartner am anderen Ende der Leitung: Nein, ich wolle keine Projekte durchführen. Ich sei es leid, immer

wieder Anträge zu stellen, komplizierte Abrechnungen durchzuführen, die gleich von mehreren Instanzen geprüft würden. Und jetzt kommt der entscheidende Satz: „Die Herausforderung des Rechtsextremismus sei eine Daueraufgabe einer demokratischen Gesellschaft, zu der ein kontinuierliches und professionelles Engagement notwendig sei – in Form einer unbefristeten Stelle und einer Institution.“

Das Ergebnis weiterer Gespräche war, dass der Rat im Mai 2007 mit großer Stimmenmehrheit die Einrichtung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus beschloss. Nach den üblichen Regularien konnte die Stelle besetzt werden. Und zwar mit Hans-Peter Killguss, was ich als einen ganz besonderen Glücksfall bezeichnen mag. Leitet er ibs doch mit großer Umsicht und Engagement. Ab dem 1. Januar 2008 existiert die ibs.

So kam nun ibs in eine Gedenkstätte. Es gibt ja Leute – unter ihnen sehr prominente Politikerinnen und Politiker, aber auch Lehrerinnen und Lehrer -, die einer Gedenkstätte für die Rechtsextremismusprävention eine bestimmte Rolle zuschreiben, nämlich eine dienende Funktion: Die Konfrontation mit den Schrecken des Nationalsozialismus soll Menschen von ihren rechtsextremistischen Anschauungen abbringen oder gar immunisieren. Von derartigen Anfragen wird jede NS-Gedenkstätte berichten können. Wenn Lehrer wegen eines rechtsextremen Vorfalls auf dem Schulhof die Gedenkstätte besuchen. Oder wenn – wie hier im Haus – der bekannte (frühe-

re) Rechtsextremist Axel Reitz von einem Kriminalbeamten in die Bibliothek geführt wird – und dabei auch noch einen knöchellangen Ledermantel trägt. Auschwitz bedeutet in diesem Zusammenhang die höchste Stufe der Schocktherapie und wird daher besonders empfohlen. Jeder und jede kennt solche Geschichten. Man sollte sich darüber aber nicht lustig machen. Es ist einfach nur hilflos. So hilflos wie das seit Jahren mit viel Geld durchgeführte sogenannte Aussteigerprogramm des Landes für einige rechtsextreme Gewalttäter, wo ein Nutzen kaum erkennbar ist.

Ich glaube jedoch, dass es mit klugen Konzepten in Gedenkstätten möglich sein kann, einen Beitrag zur Rechtsextremismusprävention zu leisten. Wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind, dann kann dies gelingen. Ibs zeigt das. Richtig und wichtig war es auch, sie als integralen Bestandteil im NS-Dokumentationszentrum anzusiedeln.

Gerade das EL-DE-Haus bietet sich idealerweise dafür an, eine Verzahnung des Erinnerns an die NS-Zeit sowie der Förderung unserer Demokratie zu ermöglichen. Nach meiner Meinung zählen das Erinnern an die Geschichte des Nationalsozialismus und das Ziel der Demokratieförderung zu den Kernaufgaben von Gedenkstätten. Auch schon vor der Gründung der Info- und Bildungsstelle beschäftigte sich das NS-Dokumentationszentrum neben der Erinnerung und der Geschichte auch damit, über Gefährdungen der heutigen Demokratie durch aktuelle rechtsextremistische Gruppierungen und Tendenzen aufzuklären. Denn, wer die Zeit des Nationalsozialismus erforscht und vermittelt, setzt sich auch zum Ziel, alles zu tun, dass eine solche Diktatur nie wieder zur Macht gelangen kann. Prof. Bernd Faulenbach, der Vorsitzende des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., sagt sehr treffend: „Auch Gedenkstätten, bei denen die Erinnerung wie beim Holocaust ihre Begründung in sich haben ..., dienen ex negativo der Demokratiebegrün-

dung; sie zeigen, welche Folgen es hat, wenn Menschen- und Bürgerrechte, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Begrenzung der Herrschaft auf Zeit nicht gelten.“

Da hat er Recht. Es geht aber über das ex negativo weit hinaus. Nicht ganz zufällig engagiere ich mich seit vielen Jahren in dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und gehöre auch dessen Bundesvorstand an, dessen Vorsitzender vor Jahren Joachim Gauck war.

Angebote zur Demokratieförderung oder auch Menschenrechtsbildung können in NS-Gedenkstätten jedoch nur dann sinnvoll sein, wenn eine zentrale Aufgabe von NS-Gedenkstätten oder Dokumentationszentren unberührt bleibt: nämlich die genaue Erforschung der Geschichte jener Zeit. Wir wollen auch vor Ort genau wissen, wie es war, wer sind die Opfer, wer die Täter, wie sind die Zusammenhänge und Strukturen usw.

Das gehört zu unserem zentralen Auftrag. Ein Beispiel: Vor dem Jüdischen Museum in Warschau, das auf dem Gelände des ehemaligen Warschauer Ghettos errichtet wurde, war, als ich vor zwei Jahren besuchte, eine Ausstellung von Holocaustüberlebenden aufgebaut. Auf einer einführenden Tafel hatten sie in einer Reihe von Punkten eine Art Grundgesetz und Vermächtnis für die nachfolgenden Generationen aufgeschrieben. Und der erste Punkt lautete: „Tell the story“. Sagen, was war. Erforschen, dokumentieren und aussprechen, was war. Wie es genau gewesen ist.

Der Soziologe und Sozialpsychologe Harald Welzer sieht es anders. Er hat vor einigen Jahren eine (von der NRW-Staatskanzlei bezahlte) Untersuchung über die NS-Gedenkstätten erstellt. In einer Publikation darüber nennt er auch sogenannte best practice Beispiele. Wer nun denkt, es würden hier einige herausragende Beispiele von NS-Gedenkstätten aufgezählt – und die gibt es – den muss ich enttäuschen. Weit gefehlt. Das Milgram-Experiment wurde als ein empfehlenswertes Beispiel genannt. Vom spezifischen Inhalt war keine Rede mehr. Gut, dass sich Herr Welzer mittlerweile einem anderen Forschungsfeld zugewandt hat: Er rettet nun seit Jahren das Weltklima.

Der Inhalt, die Geschichte des Nationalsozialismus vor Ort, hat seinen Eigenwert. Er ist sozusagen mit der Existenz von Institutionen wie dem NS-Dokumentationszentrum Sinn stiftend verbunden. Man muss den Zweck der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus nicht begründen. Das Erforschen der Inhalte steht nicht unter einem Legitimierungszwang, auch nicht unter dem, besonders sinnvolle Ergebnisse für die Vermittlung von Menschenrechten und De-



Ibs-Jubiläumsfeier am 26.09.2018 im EL-DE-Haus

mokratie zu generieren. Hier kommen nun Einrichtungen wie die ibs ins Spiel. Aus ihrem Blickwinkel ist die Anbindung an einer NS-Gedenkstätte schon allein aus folgendem Grund sinnvoll:

Der Nationalsozialismus spielt ohne Frage eine wesentliche Rolle in aktuellen Gruppierungen der extremen Rechten. Aktuelle Beispiele brauche ich hier nicht aufzuführen. Dortmund, Chemnitz, Vogelschiss... Die Sagbarkeitsgrenze hat sich in der letzten Zeit aus bekannten Gründen deutlich verschoben. Wer sich mit dem Rechtsextremismus beschäftigt, kann die NS-Vergangenheit und die aktuellen Interpretationen und Auseinandersetzungen um sie nicht vernachlässigen. Doch eine wesentliche Aufgabe sehen wir darin, vor den beliebten vorschnellen Analogien zu warnen. Es ist nicht eine einfache Wiederholung, keine Widerspiegelung des Nationalsozialismus.

Nicht selten hört man in „antifaschistischen“ Kreisen, der „Faschismus“ sei heute wieder so erstarkt, dass quasi eine erneute Machtübernahme bevorstehe. Das ist gleich zweifach falsch: Historisch – ein Blick in die Geschichte lehrt, dass die Zustände in der Weimarer Republik spätestens seit 1929/30 ganz andere waren – und auch aktuell, bezogen auf den Zustand unserer Demokratie, ist dies falsch: Nach 1945 hat sich in der Bundesrepublik der demokratischste Staat in der deutschen Geschichte herausgebildet – unverdientermaßen muss man sagen angesichts der Verbrechen, die Deutschen während der NS-Zeit zu verantworten hatten – das gilt auch heute noch, wo wir inmitten einer politischen Krise leben und eine explizite Anknüpfung an NS-Begriffe erleben, was bis vor kurzem undenkbar schien. Doch die Mehrheit in der Gesellschaft sind Demokratinnen und Demokraten. Wir sind mehr!

Der historische Bezug ist daher hilfreich und sinnvoll. Und zwar sind Antisemitismus und Rassismus nicht allein mit Bezug auf die NS-Zeit zu verkapseln, sondern in einem historischen Zusammenhang betrachten: vom dem Ende des 19. Jahrhunderts bis zur heutigen Zeit, denn nach 1945 spielen diese Anschauungen nach wie vor eine Rolle. Erst so gelingt es, alltägliche Formen des Rassismus heute in den Blick zu nehmen. Es kommt also darauf an, Unterschiede herauszuarbeiten, aber auch Gemeinsamkeiten zu erkennen. Die Behauptung der Ungleichwertigkeit der Menschen und das Leugnen des universellen Anspruchs der Menschenrechte zählen zu den grundlegenden Gemeinsamkeiten aller antisemitischen und rassistischen Strömungen.

Die Schnittmenge der allgemeinen Arbeit des NS-DOK und dem Profil von ibs ist jedoch groß. Ibs ist im NS-DOK nicht irgendein Anhängsel oder etwas obendrauf, sondern als voll integrierter Teil auch in die inhaltliche Arbeit des gesamten NS-DOK eingebunden. So haben unsere Museumspädagogin Barbara Kirschbaum und Patrick Fels von ibs einen Workshop zu den Sinti und Roma entwickelt, der historische Darstellung des Völkermords mit aktuellen Bezügen verbindet. Ibs war schon bei der Entwicklung des Geschichtslabors beteiligt und arbeitet dort mit bald fünf Geschichten und entwickelt aktuell das Konzept zum „Haus für Erinnern und Demokratie“ mit.

Noch ein wichtiger Punkt kommt hinzu: Da das NS-DOK sich gleichermaßen als Bildungsort und als Forschungsort versteht, war von vornherein klar, dass auch ibs nicht ausschließlich ein Anbieter von Bildungsangeboten sein sollte. Dokumentation, Sammlung von Fachliteratur und die Beteiligung an aktuellen Forschungsdebatten, in den Maßen, wie es zeitlich möglich ist, Publikationen und Handreichungen spielen eine wichtige Rolle. Die zahlreichen hochkarätigen Tagungen sind Beispiele dafür. Schon im ersten Jahr 2008 wurde eine vielfach beachtete Tagung zum Feindbild Islam durchgeführt.

Eins, was für die Arbeit des NS-DOK seit den Anfängen so wesentlich ist, nämlich die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements, ist bei der ibs als Vernetzungsarbeit ein zentraler Schwerpunkt.

Die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus hat nun tatsächlich eine fulminante Erfolgsgeschichte vorzuweisen. Schon im Gründungsjahr 2008 wurde ibs – und damit das NS-DOK – Träger des über Bundesmittel finanzierten Projekts „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln“. Hier arbeitet Patrick Fels. Das Land NRW fördert seit 2015 das Projekt mit dem schönen Namen: „Qualifizierung und Begleitung von Institutionen, Organisationen und Einrichtungen für mehr Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus“. Hier ist Ilja Gold beschäftigt. Also schreibt man mal wieder ziemlich viele Anträge für Projekte ... Das machen wir natürlich gerne. Aber ich bleibe bei der Meinung, dass eine dauerhaftere Förderung auch in diesem Bereich sinnvoll und notwendig ist. Glücklicherweise sind die Zeiten vorbei, wo die Finanzierung der Mobilen Beratung wackelte. Doch Bund und Land könnten doch mal zu einer fünfjährigen oder zumindest einer dreijährigen Förderung übergehen und so für die Träger und vor allem für die Mitarbeitenden Planungssicherheit schaffen.

Die ibs hat eine enorme Anzahl und Breite von Aktivitäten vorzuweisen. Hans-Peter Killguss und seine Mitarbeiter Patrick Fels und Ilja Gold sowie die freien Honorarkräfte leisten eine herausragende Arbeit, vor der ich angesichts der aktuellen Anforderungen einen hohen Respekt habe. Wie Sie sehen, ist der Herr Direktor der größte Fan von ibs.

Vorhin hat die Bürgermeisterin den Dank der Stadt Köln ausgesprochen. Da möchte ich mich anschließen und im Namen des NS-DOK (also des restlichen) Euch herzlich für die guten Jahre und das große Engagement und für die immer ungetrübte freundliche Zusammenarbeit bedanken.

Ihr habt das NS-DOK ganz deutlich bereichert, durch die Fragestellungen, die Ihr einbringt, die erhebliche Verstärkung unserer Bildungsangebote und vieles mehr. Ihr habt Leben in die Bude gebracht.

Wer so schön und erfolgreich seit zehn Jahren arbeitet, hat auch Geschenke verdient. Das größte, schönste und wichtigste Geschenk ist ohne Zweifel die Idee vom „Haus für Erinnern und Demokratie“, die vom Rat Mitte letzten Jahres beschlossen wurde, nachdem ich diese Idee ein Jahr zuvor präsentiert habe.



Wie Sie vielleicht bei meinen anfänglichen Ausführungen gemerkt haben, ist das „Haus für Erinnern und Demokratie“ keine grundsätzlich neue Idee. Beides gehört seit eh und je für uns zusammen. Durch die Erweiterung des NS-Dokumentationszentrums um die beiden oberen Etagen soll vor allem die Bildungsarbeit gestärkt

werden. Damit sind wir endlich alleiniger Nutzer im Haus. Die neuen Bereiche sind ein Gewinn für alle Teile des NS-DOK: Es entstehen drei Erzählcafés für Nachbesprechungen und vertiefende Arbeit für die zahlreichen geführten Gruppen im Haus (2.200 im letzten Jahr!). Es wird ein „Junges Museum“ für Kinder und Jugendliche geschaffen, zudem Workshopräume, ein großer Veranstaltungsraum auf der vierten Etage. Zudem soll es noch Platz für die Sammlung von Bibliothek und Dokumentation geben.

Der große Gewinner der Erweiterung ist die Info- und Bildungsstelle: Wie Sie vielleicht wissen, entsteht ein Erlebnisort „Abenteuer Demokratie auf einer Insel“. Ein modernes Angebot zur Demokratieförderung. Das will ich Ihnen aus Zeitgründen in den Einzelheiten jetzt lieber nicht darstellen. Das Konzept ist jedoch bereits im Wesentlichen fertig – von einer kleinen Gruppe im Haus erstellt, darunter natürlich zwei ibs-ianer. Die Info- und Bildungsstelle erhält dann noch auf der vierten Etage einen größeren eigenen Bereich für ihre Büros.

Wir haben noch eine weitere Initiative gestartet: Anlässlich der im Rat in diesem Sommer beschlossenen Antisemitismus-Resolution haben wir in Schreiben an die Ratspolitik angeregt, bei der Info- und Bildungsstelle die bereits bestehenden Angebote im Bereich Antisemitismus zu erweitern und zu verstetigen und eine dauerhafte Stelle zu schaffen. In beidem, dem Erlebnisort Abenteuer Demokratie auf einer Insel und dem Ausbau der Aktivitäten gegen Antisemitismus, sehen wir eine gute Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Zudem scheint es uns an der Zeit, dass ibs, die trotz der stark gestiegenen Aktivitäten städtischerseits nach vor wie seit zehn Jahren mit der Kapazität von einer Personalstelle geführt wird – nämlich der ihres Leiters – personell verstärkt wird. Da unsere Initiative von der Politik freundlich aufgenommen wurde, hoffen wir, dass über den sogenannten Veränderungsnachweis die Stelle noch mit dem Haushalt 2019 beschlossen wird.

So gesehen, gibt es allen Grund zu sagen, dass die Weichen für weitere erfolgreiche Jahre der Info- und Bildungsstelle gestellt sind.

Dr. Werner Jung

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“

Führung, Samstag, 6. Oktober 2018, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus.

Führung mit Oliver Meißner

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Führungsgebühr: fällt nicht an

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro



Cat Ballou

Konzert, Samstag, 6. Oktober 2018, 18 Uhr, EL-DE-Haus



Seit 1999 begeistern die vier Kölner mit poppigen Liedern ihre Fans. Mit „Et jitt kei Wood“ erzielte die Gruppe ihren Durchbruch. Ihr aktueller Hit

„Zosamme sin mir nit allein“ zeigt zudem Werte auf, die in unserer heutigen Gesellschaft von immer größerer Bedeutung sind und auch für das NS-DOK eine Rolle spielen. Es darf sich also auf einen bunten Abend mit der kölschen Band gefreut werden, die zum Mitsingen einlädt.

Einlass 17:30 Uhr

Eintritt: 25 Euro, erm. 15 Euro
(Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus und über költicket)

„Die haben gedacht, wir waren das“

Lesung, Dienstag, 9. Oktober 2018, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Welche Spuren hinterlassen Rassismus und rechte Gewalt in der migrantischen Community? Wie hat es sich auf die Opfer des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße ausgewirkt, dass sie selbst dieser Tat verdächtigt wurden?

In den Publikationen zum NSU-Komplex haben die Sichtweisen der Betroffenen bisher wenig Raum bekommen. Opfer und ihre Angehörigen, Akteure aus Wissenschaft, Politik und antirassistischer Arbeit, Bekannte und Unbe-

kannte, allesamt mit Migrationshintergrund, nehmen in diesem Buch Stellung.

Gemeinsam mit Kemal Bozay und der Autorin Funda Özfirat.

Eintritt: 10 Euro, erm. 5 Euro
(Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus)



Kasalla

Konzert, Mittwoch, 10. Oktober 2018, 19 Uhr, Lutherkirche, Südstadt



Arbeit des NS-Dokumentationszentrums. Damit fördern sie nicht nur das Demokratieverständnis

„Us der Stadt met K“ kommt auch die Kölschrockband Kasalla und unterstützt mit ihrer weit über die Grenzen Kölns hinaus bekannten Musik die

in ihrer Heimatstadt, sondern auch die Aufklärung über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Mit ihren rockigen Liedern sorgen sie für gute Stimmung zum guten Zweck.

Einlass: 18:30 Uhr

Veranstaltungsort: Lutherkirche, Martin-Luther-Platz 4, 50677 Köln-Südstadt

Eintritt: 25 Euro, erm. 15 Euro
(Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus, Südstadt Leben e.V. und über kölnticket)

Der Kampf um die deutsche Schuld. Weizsäcker-Rede (1985), „Historikerstreit“ (1986) und Jenninger-Sturz (1988)

Film und Vortrag, Sonntag, 14. Oktober 2018, 11 Uhr, VHS Köln

Am 8. Mai 1985 bezeichnete der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker das Kriegsende als „Tag der Befreiung“ und den Mord an den Juden „als beispiellos in der Geschichte“. Die Historiker Ernst Nolte und Andreas Hillgruber widersprachen und lösten damit den „Historikerstreit“ aus. Beide versuchten, die deutsche Verantwortung am Holocaust zu relativieren: Nolte sah darin nur die Imitation der Ermordung des russischen Bürgertums durch die Bolschewiki und verwies auf die Erfindung des politischen Massenmordes in der Französischen Revolution. Hillgruber verlangte die Trennung der Deutschen von der jüdischen Geschichte: Für die Juden sei der 8. Mai 1945 eine Befreiung, für die Deutschen dagegen eine Katastrophe gewesen. Gegen diese „deutschen Sonderwege“ bestand Jürgen Habermas darauf, dass nur die universellen Menschenrechte die Basis einer demokratischen Identität bilden könnten. Auch die Rede des Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger am 10. November 1988 im Bundestag war eine Replik auf den „Historikerstreit“: Radikaler als Weizsäcker forderte er das Eingeständnis einer millionenfa-

chen Mitverantwortung der Deutschen für die NS-Verbrechen. Wegen dieser Wahrheit musste Jenninger am nächsten Tag zurücktreten.

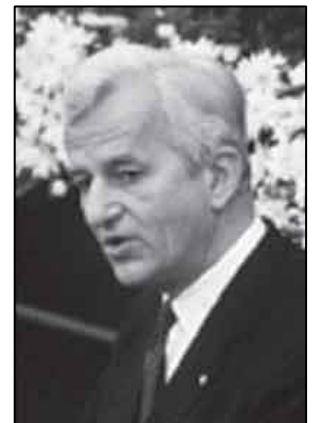
Mit Hannes Heer und Filmausschnitten der ARD (25min).

Filmreihe „Der Skandal als vorlauter Bote“, eine Veranstaltungsreihe des NS-DOK in Kooperation mit dem Arbeitskreis für Intergenerationelle Folgen des Holocaust, ehem. PAKH e.V. In Kooperation mit der VHS Köln und dem Filmforum NRW. Medienpartner sind Köln im Film und choices. Mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung.

Veranstaltungsort:

Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Eintritt: frei



Das jüdische Köln – Jüdischer Friedhof Bocklemünd Friedhofsführung, Sonntag, 14. Oktober 2018, 15 Uhr, Köln-Bocklemünd

Der Jüdische Friedhof zeigt uns die einstige Größe der Jüdischen Gemeinde Kölns anhand bekannter Namen und imposanter Grabstätten. Er gibt Einblick in die wechselhafte Geschichte und auch den Neuanfang der Kölner Gemeinde nach 1945.

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentations-zentrums.

Treffpunkt: Eingang des Jüdischen Friedhofs Bocklemünd (Haltestelle Bocklemünd)

Führungsgebühr:
8 Euro

Anmeldung bis
09.10.2018 unter:
museenkoeln.de



Trauerhalle des jüdischen Friedhofs Bocklemünd, erbaut von Robert Stern
© Wolfram Hagspiel

Paveier Konzert, Sonntag 14. Oktober 2018, 18 Uhr, EL-DE-Haus



Seit mittlerweile 35 Jahren gehören die Paveier zu den bekanntesten Kölner Bands und erfreuen sich auch weit über die Grenzen von Köln hinaus großer

Beliebtheit. Die Texte und Musik zeichnen sich durch Alltagsbeobachtungen aus, in die sich jedermann hineinversetzen kann.

Als das EL-DE-Haus für ein unplugged-Benefizkonzert anfragte, waren die Paveier direkt überzeugt von dem Projekt des Ausbaus des NS-Dokumentationszentrums. Es sei wichtig, dass die Menschen auch in der heutigen Zeit Aufklärung erfahren und über die Vergangenheit informiert bleiben.

Einlass 17:30 Uhr

Veranstaltungsort: EL-DE-Haus

Eintritt: 25 Euro, erm. 15 Euro
(Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus und über költicket)

Angezettelt – auch in Köln. Exklusiv-Führung durch die Sonderausstellung für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V. Montag, 15. Oktober 2018, 17 Uhr, EL-DE-Haus

Die Ausstellung zeigt Klebezettel, Sammelbilder und Sticker aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Gegenwart. In der Führung werden insbesondere aktuelle Beispiele präsentiert, ergänzt durch lokale Bezüge und Einordnungen in ihren historischen Kontext.

Mit Patrick Fels, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Treffpunkt: Kasse EL-DE-Haus

Eintritt: frei (für Mitglieder des Vereins EL-DE-Haus e.V.)



Was geschah im EL-DE-Haus?

Familienführung, Dienstag, 16. Oktober 2018, 15 Uhr, EL-DE-Haus



Ausgerichtet auf die jüngsten Teilnehmenden wird die Geschichte des EL-DE-Hauses erzählt. In diesem Haus, mitten in Köln gelegen, arbeitete zehn Jahre lang, von 1935 bis 1945, die Kölner Gestapo. Besonders beeindruckend ist die Gedenkstätte Gestapo-

Gefängnis, wo sich an den Wänden noch die Inschriften der Gefangenen befinden.

Führung mit Barbara Kirschbaum

Für: Kinder ab 8 Jahren

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro
(Führungsgebühr: fällt nicht an)

Kindersprechstunde im EL-DE-Haus

Mittwoch, 17. Oktober 2018, 15 Uhr, EL-DE-Haus

Warum ist Adolf Hitler an die Macht gekommen? Konnte er die Juden nicht leiden oder warum wurden sie verfolgt? Warum haben sich so wenige Menschen gewehrt?

Viele Fragen stellen sich uns, wenn wir etwas von der Hitler-Zeit gehört oder gesehen haben. In dieser Stunde können Kinder ihre Fragen stellen, und wir versuchen, sie zu beantworten. Wir werden hierbei einzelne Räume in der Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ zu Rate ziehen, aber es gibt auch Bilder.

Mit: Barbara Kirschbaum und Azziza Malanda

Dieses Angebot richtet sich an Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren. Die Teilnehmerzahl ist auf

10 Kinder begrenzt. Zur Geschichte des EL-DE-Hauses und zur Gedenkstätte gibt es ein spezielles Angebot, die Familienführung (s.o.).

Treffpunkt: Kasse im EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro
(Führungsgebühr: fällt nicht an)

Bitte melden Sie Ihre Kinder bis 15.10.2018 per Mail an unter: barbara.kirschbaum@stadt-koeln.de.



Angezettelt – auch in Köln. Führung durch die Sonderausstellung

Donnerstag, 18. Oktober 2018, 17 Uhr, EL-DE-Haus



Die Ausstellung zeigt Klebezettel, Sammelbilder und Sticker aus dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und der Gegenwart. In der Führung

werden insbesondere aktuelle Beispiele präsentiert, ergänzt durch lokale Bezüge und Einordnungen in ihren historischen Kontext.

Mit Ilja Gold, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Führungsgebühr: fällt nicht an

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Esther Bejarano & Microphone Mafia: Ama la Vita Konzert, Samstag, 27. Oktober 2018, 19 Uhr, MÜTZe

International, multilingual, multicultural – so beschreibt sich die Microphone Mafia selbst in einem ihrer Songs und zeigt damit Vielfalt auf verschiedenen Ebenen. Die in Köln geborenen Musiker treten gemeinsam mit Esther Bejarano auf. Die Holocaustüberlebende spielte nach ihrer Deportation im Mädchenorchester von Auschwitz. Trotz ihrer unterschiedlichen Prägung und Musik, stehen die Kölner und Esther Bejarano gemeinsam auf gegen Fremdenhass und Rassismus und engagieren sich mit ihrem Konzert für ein breiteres Demokratieverständnis.

Einlass: 18:30 Uhr

Veranstaltungsort: Mülheimer Bürgerhaus MÜTZe, Berliner Str. 77, 51063 Köln

Eintritt: 15 Euro, erm. 10 Euro (Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus und über kölnticket.de)



Das jüdische Köln. Sichtbares und Verborgenes Exkursion, Sonntag, 29. Juli 2018, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Der Rundgang führt von der einstigen Gestapo-Zentrale am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Er folgt den Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung. Anhand von Gebäuden, Personen und Geschichten erkunden wir die Vielfalt des Kölner Judentums in

Vergangenheit und Gegenwart.

Mit: Gregor Aaron Knappstein, Mitglied der jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentations-zentrums.

Treffpunkt: Foyer des EL-DE-Hauses

Führungsgebühr: 8 Euro

Anmeldung bis 24.10.2018 unter: www.museenkoeln.de

Brings Singsulautdekanns Konzert, Montag, 29. Oktober 2018, 20 Uhr, EL-DE-Haus

Auch Brings setzt sich für die Erweiterung des NS-DOK ein. Welche Bedeutung sie diesem Thema beimessen, macht sich in ihrem Statement bemerkbar:

„Für uns ist es in der heutigen Zeit sehr wichtig, dass diese düstere Vergangenheit nicht in Vergessenheit gerät und uns immer mahnend vor Augen gehalten wird. Der Geschichte darf keine Gelegenheit gegeben werden sich zu wiederholen. Gerade deshalb ist das NS-Dokumentationszentrum von unschätzbarem Wert, dessen Fortbestehen wir mit einem Konzert unserer Reihe „Singsulautdekanns“ sehr gerne unterstützen. Lasst uns gemeinsam sin-

gen so laut Ihr könnt, denn Musik verbindet Menschen.“

Einlass: 19:30 Uhr

Veranstaltungsort: EL-DE-Haus

Eintritt: 25 Euro, erm. 15 Euro (Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus und über kölnticket)



Didi Jünemann: Wir Kellerkinder

Soloprogramm, Mittwoch, 31. Oktober 2018, 19 Uhr, VHS Köln



Ein Bühnensolo, erstellt nach dem 1960 gedrehten Film von und mit Wolfgang Neuss. Jünemann hat in kongenialer Zusammenarbeit mit seinem Regisseur George Isherwood aus dem Filmstoff ein Ein-Personen-Stück geformt. Ein intelligentes Panoptikum der Geschichte Deutschlands in und nach der Naziherrschaft. Das Stück wirkt amüsante

Blicke voraus, und erlaubt der Fantasie des Betrachters, entsprechende Gäste in späterer Zeit im Keller zu verstecken.

Einlass: 18:30 Uhr

Veranstaltungsort: Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50676 Köln

Eintritt: 20 Euro, erm. 10 Euro
(Vorverkauf: Museumskasse EL-DE-Haus und über költicket)

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Regionaltreffen, Dienstag, 6. November 2018, 9.30 Uhr, Alte Feuerwache

Das Regionaltreffen für den Regierungsbezirk Köln in diesem Jahr regional aufgeteilt. Damit wollen wir mehr Schulen die Möglichkeit zur Teilnahme geben. Für die Schulen in den Städten Köln, Bonn, Leverkusen, Rhein-Sieg, Rhein-Erft, Rheinisch-Bergischer und Oberbergischer Kreis findet das Regionaltreffen am 6. November 2018 in Köln statt.

Neben einem Marktplatz, auf dem die Schulen ihre Projekte vorstellen können, wird der Autor Sami Omar zu dem Thema „Rassismus macht Schule – Schule macht Rassismus“ referieren. Außerdem gibt es Workshops zu Homophobie, Rechtsextremismus, Alltagsrassismus, Antisemitismus und Rassismus im RAP.

Das Regionaltreffen wird organisiert von der Landeskoordination „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in Kooperation der Info-

und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt gemeinsam mit den Regionalkoordinationen in den jeweiligen Städten und Kreisen.

Ort: Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3 (Nähe Ebertplatz), 50670 Köln

Teilnahmegebühr: fällt nicht an

Das genaue Programm und das Anmeldeformular erhalten Sie über die Landeskoordination: renate.bonow@bra.nrw.de



Narrative des Rechtsextremismus und Islamismus im kritischen Vergleich Fachtagung, Montag, 26. November 2018, 13 Uhr, EL-DE-Haus

Rechtsextremismus und Islamismus weisen – so wird in Wissenschaft und Medien inzwischen vielfach vertreten – vergleichbare weltanschauliche Vorstellungen bezüglich der Ungleichwertigkeit von Menschen auf. Dabei geht es sowohl um Abwertung der als außerhalb der eigenen Gemeinschaft wahrgenommenen Anderen, als auch um Hierarchien innerhalb von Gemeinschaftskonzepten. In beiden politischen Strömungen gibt es dichotome Freund-/Feind-Konstruktionen, die auf autoritaristischen Vergemeinschaftungsangeboten fußen. Derartige Identitätskonstruktionen sind oft unmittelbar mit bestimmten Narrativen verbunden, die in sozialen Zusammenhängen und medial vermittelt werden. Zugleich lassen sich aber auch relevante Differenzen zwischen den beiden antidemokratischen Phänomenen nicht übersehen.

Die Tagung widmet sich Islamismus und Rechtsextremismus jenseits simplifizierender Gleichsetzungen in einer kritisch-vergleichenden Weise: Was sind verbindende, was sind trennende Elemente? Wo taugt der Vergleich für die Analyse und wo findet er seine Grenzen?

Auf der Tagung kommen ExpertInnen zu Wort, die sich den Hintergründen und Erscheinungsformen der Narrative im Islamismus und Rechtsextremismus und der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs auf unterschiedlichen Ebenen nähern. Wir laden Sie herzlich dazu ein!

Programm

13.00 Begrüßung Dr. Werner Jung

Einleitung Alexander Häusler, Stefan Hößl, Hans-Peter Killguss

Veranstaltungsmoderation Isabel Schayani

13.30 Block I: Narrative im Rechtsextremismus und Islamismus. Zugehörigkeits- und Gemeinschaftsstiftung

Impulse und Diskussion mit Dr. Nils Schuhmacher und Dr. Maruta Herding

14.45 Pause

15.15 Block II: Narrative im Rechtsextremismus und Islamismus. Feindbilder und Ausgrenzungsmechanismen

Impulse und Diskussion mit Dr. Nils Schuhmacher und Dr. Maruta Herding

16.30 Möglichkeiten und Grenzen eines Vergleichs von Islamismus und Rechtsextremismus

Gespräch mit Impulsen von Dr. Michael Kiefer und Richard Gebhardt

17.30 Zusammenführung und Fazit

Prof. Dr. Fabian Virchow

18.00 Schlusswort Stefan Hößl

Veranstaltende

Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (ibs) in Kooperation mit dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA)

Teilnahmegebühr: fällt nicht an

Anmeldung bis zum 12.11.2018 per E-Mail an ibs@stadt-koeln.de unter Angabe Ihres Namens, einer E-Mail-Adresse, der Organisationszugehörigkeit sowie ein Stichwort zum Interesse am Thema der Veranstaltung.

NRWeltoffen

demokratie
leben

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Gefördert von der Landeszentrale für politische Bildung NRW

Zigeunerwagen-Tour

Informationen und Musik, bis zum 7. Oktober 2018, jeweils 15 Uhr, Köln-Ehrenfeld

Der Maro Drom e.V., Kölner Sinte und Freunde, lädt ein zur Rückkehr-Tour eines historischen Zigeunerwagens: „Nach der wirklich großartigen Zigeunerwagen-Feier in Worringen (s. dazu und zu den Hintergründen ibs-Newsletter September 2018) freuen wir uns jetzt auf das große Finale in Ehrenfeld. Besonders freuen wir uns über die Unterstützung, die wir schon im Voraus erfahren haben. So hat Bezirksbürgermeister Josef Wirges uns eingeladen, auf dem schönen, zentralen Neptunplatz zu feiern und viele andere lokale Akteure und Institutionen haben uns ebenfalls Unterstützung zugesagt. Das ist toll, denn auch wenn wir einerseits an die Vertreibung unserer Familien aus Ehrenfeld / Bickendorf in der Nazi-Zeit (und auch noch danach) erinnern wollen, ist es letztlich unser Ziel, zum friedlichen und gern auch fröhlichen Zusammenleben beizutragen.

Neben Musik gibt es im historischen Zigeunerwagen es eine Ausstellung, Filme und Gespräche, im Maro Drom Café gibt es Speisen und Getränke. Eine selten gute Gelegenheit, die Schönheit und Vielfalt der Zigeunerkultur kennenzulernen und Informationen aus erster Hand zu bekommen.

Programm

Freitag, 05.10., ‚Egal was passiert, wir treffen uns in Köln‘:

15-21 Uhr: Maro Drom Begegnungs-Café, Ausstellung, Vortrag/Stadtführung, Film & Musik



Samstag, 06.10., ‚Gypsy Soul Festival‘:
15-21 Uhr: Maro Drom Begegnungs-Café, Ausstellung, Vortrag/Stadtführung, Film und Live Musik von HopStop Banda, Reinhardt, Rumstajn & Co, sowie vielen Talenten und Überraschungsgästen

Sonntag, 07.10., ‚Maro Drom / Unser Weg‘:
15-21 Uhr: Maro Drom Begegnungs-Café, Ausstellung, Vortrag/Stadtführung, Film & Musik“

Eintritt: frei (Spenden willkommen!)

Genaueres Programm unter:
www.zigeunerfestival.de

Ort: Neptunplatz, 50823 Köln-Ehrenfeld

Der Untertan

Film, Freitag, 5. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Domforum



Das Katholische Bildungswerk Köln und das DOM-FORUM laden ein: „Eine gelungene Satire nach Heinrich Manns Roman über den kleinbürgerlichen Aufsteiger Diederich Heßling im wilhelminischen Deutschland. Er hat gelernt nach oben zu buckeln und nach unten zu treten. Er biedert sich den Mächtigen um seiner Karriere Willen an, trägt seine nationale Gesinnung zur Schau. Er knüpft Beziehungen zu

einflussreichen Leuten, die ihm nützen können, für seinen geschäftlichen Erfolg, unter solchen Erwägungen wählt er auch seine nicht sonderlich attraktive, aber reiche Ehefrau aus. Und er nutzt seine Beziehungen zum Regierungspräsidenten von Wulkow, um einen unliebsamen Konkurrenten auszuschalten. Sein größtes Erlebnis ist es, den Kaiser aus der Nähe gesehen zu haben. Eifrig sammelt er für ein Kaiserdenkmal in seiner Stadt. Doch die Einweihung geht in einem tosenden Gewitter unter.“

DDR 1951, Regie: W. Staudte, 109 Min

Ort: Domforum, Domkloster 3, Köln-Innenstadt

Eintritt: 5 Euro

„Ich bin eine Jüdin!“

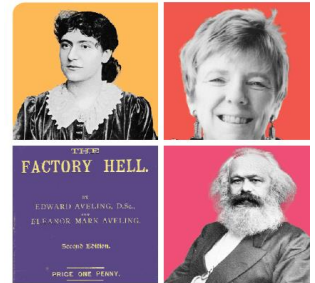
Das Leben der jüngsten Marx-Tochter Eleanor, genannt ‚Tussy‘

Vortrag, Sonntag, 7. Oktober 2018, 15 Uhr, Titz-Rödingen

Das LVR-KULTUR-HAUS Landsynagoge Rödingen lädt ein: „Eleanor Marx (1855 – 1898) war die jüngste Tochter von Karl Marx und Jenny von Westphalen. Obwohl als Vertreterin des „sex par excellence“ nicht mit Jubel begrüßt, wuchs sie schon früh in die Rolle seiner Sekretärin, Übersetzerin und Krankenpflegerin hinein, die sein Werk bis ins Kleinste kannte. Doch ihre eigentliche politische Aktivität entfaltete sie erst nach seinem Tod: als Kämpferin für Frauenrechte, Mitgründerin sozialistischer Parteien und Galionsfigur der ostjüdischen Lohnarbeiter im Londoner East End, die sie liebevoll „our mother“ nannten. In diesem Punkt grenzte sie sich deutlich von ihrem Vater ab, der seine jüdische Herkunft am liebsten verleugnet hätte. Trotz ihrer politischen Erfolge litt Eleanor Marx unter starken Depressionen und nahm sich mit 43 Jahren das Leben.“

Die Referentin, Dr. Eva Weissweiler, studierte Germanistik, Musik- und Islamwissenschaft in Bonn. Seit ihrer Promotion arbeitet sie als frei-

schaffende Journalistin und Buchautorin. Ihre Schwerpunkte sind Frauengeschichtsforschung, deutsch-jüdische Lebenswege sowie Flucht und Migration. Zu ihren wichtigsten Büchern gehören eine Biografie über Clara Schumann, die Familiengeschichte der Freuds und ein Buch über Luise Straus-Ernst, die erste Frau des Malers Max Ernst. Sie lebt mit ihrem Mann, dem Bildhauer Klaus Kammerichs, seit 1986 in Köln.“



Ort: LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen, Mühlenend 1, 52445 Titz-Rödingen

Eintritt: 3 Euro

Weitere Informationen:

www.synagoge-roedingen.lvr.de

„Lea ich gehe zu mir“

Theaterstück, Montag, 8. Oktober 2018, 19 Uhr, VHS Köln



Anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Kölnerischen Gesellschaft zeigt das jüdische Theater Michaeli das musikalische Theaterstück „Lea – ich gehe zu mir“: „Wenn heute über jüdisches Leben in Deutschland gesprochen wird, so meist in Hinblick auf den historischen und gegenwärtigen Antisemitismus. So verständlich dies auch ist, insbesondere angesichts der systematischen Vernichtung des jüdischen Volkes im Nationalsozialismus, gerät infolgedessen die Tradition und Vielfalt jüdischen Lebens abseits des Antisemitismus häufig in Vergessenheit.“

Dabei ist die jüdische Kultur zum einen, wo sie lebendig wird, immer auch eine Demonstration gegen jene, die sie gerne zum Verschwinden bringen würden. Zum anderen ist sie es aber auch um ihrer selbst willen wert, wahrgenom-

men zu werden. Das Theaterstück ‚Lea – ich gehe zu mir‘ ist eine Hommage an die Dichterin und Schriftstellerin Lea Goldberg, mit der ihr bedeutendes literarisches und intellektuelles Schaffen gewürdigt wird. Diese deutschsprachige Produktion nähert sich der Dichterin und Schriftstellerin, indem ihre Werke in einer Collage aus Musik, Liedern, Gedichten und Spielszenen mit ihren Lebensstationen verwoben und somit auf einer neuen Stufe versinnlicht und erfahrbar gemacht werden.“

Die Veranstaltung ist eine Kooperation der Kölnerischen Gesellschaft mit der Volkshochschule Köln und dem Verein zur Förderung der jüdischen Kultur e.V.

Ort: Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Eintritt: 18 Euro, erm 15 Euro

Tickets bei KölnTicket (an allen bekannten Vorverkaufsstellen) und an der Abendkasse.

Nord-Süd-Kooperationen neu denken

Workshop, Montag, 8. Oktober 2018, 11 Uhr, Allerweltshaus



Das Allerweltshaus lädt ein: „In dem Workshop mit Lucía Muriel werden im ersten Teil grundlegende Betrachtungen vorangestellt und kritisch hinterfragt. Was bedeutet Weißsein? Einerseits ein Leben mit Privilegien und die unangefochtene Dominanz und andererseits eine über Jahrhunderte geprägte Wahrnehmung über sich und andere. Ausgehend davon analysieren wir, wie diese Dominanz das Konzept

von Entwicklungszusammenarbeit weltweit und im konkreten Miteinander die Zwischenmenschlichkeit determiniert.

Im Workshop werden folgende Fragen diskutiert: Existiert eine globale Zusammenarbeit zwischen dem Globalen Norden und Süden auf

Augenhöhe überhaupt? In welchem Verhältnis steht die Globalisierung von heute zur Kolonialgeschichte? Was genau sind die Kontinuitäten?

Ausgehend von den Erkenntnissen im ersten Teil wird der Stellenwert von Dekolonisierung für den Globalisierten Süden einerseits und für den Globalisierten Norden andererseits herausgearbeitet. Was ist Dekolonisierung überhaupt? Was bedeutet das für unser Denken und Handeln im Alltag?“

Für: Multiplikator*innen und Interessierte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Ort: Allerweltshaus, Körnerstraße 77, 50823 Köln-Ehrenfeld

Anmeldung erforderlich unter:
brasilien@allerweltshaus.de

The Essential Link

Film, Dienstag, 9. Oktober 2018, 20 Uhr, Filmclub 813

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Köln lädt zu einer Filmvorführung im Rahmen von SERET International: „Der Film erzählt die außergewöhnliche Geschichte von Wilfrid Israel, der die sogenannten „Kindertransporte“ organisierte und so zehntausenden Juden das Leben rettete.

Der Film erzählt die bemerkenswert heroische Geschichte Wilfrid Israels – eines wohlhabenden jüdischen Geschäftsmanns und Inhaber des größten Berliner Kaufhauses in den 1930er Jahren. Er beteiligte sich an der Rettung von Zehntausenden Jüdinnen und Juden und spielte eine Schlüsselrolle in der Aktion der Kindertransporte aus dem nationalsozialistischen Deutschland.

Israel gehörte einer der prominentesten jüdischen Familien Deutschland an und war mit den

einflussreichsten Personen des 20. Jahrhunderts bekannt. Über sein Leben und seine heroischen Taten ist wenig bekannt. Warum wurde seine Geschichte bis heute nicht erzählt? Gab es etwas zu verbergen?“



Dokumentarfilm, Israel, 82 Min., Regie: Yonatan Nir, Original mit deutschen Untertiteln

Ort: Filmclub 813 – Kino die Brücke in Köln, Hahnenstraße 6,

Anmeldungen und Reservierungen unter:
koeln@digev.de

DENKANSTÖSSE

Ausstellung, bis 14. Oktober 2018, Mönchengladbach

Menia und M.-A. Bußhoff laden ein: „Schmerz und Schutzlosigkeit von Flüchtenden, Selbstperformance machtorientierter Politiker, Manipulation als verhängnisvolle Strategie der "Steuerung" von Menschen, Schrecknisse gegenwärtigen Antisemitismus: In unserer Ausstellung beschäf-

tigen wir uns mit Themen von gesellschaftspolitischer Relevanz unter Einbezug historischer Perspektiven.“

Ort: Eickener Str. 71, 41061 Mönchengladbach
Weitere Informationen zu Öffnungszeiten etc. unter: co-mg@moenchengladbach.de

Forever Pure

Filmvorführung, Mittwoch, 10. Oktober, 19 Uhr, Kölner Fanprojekt



Das Fanprojekt lädt zur Filmvorführung „Forever Pure“ mit anschließender Diskussion der Regisseurin Maya Zinshtein ein: „Beitar Jerusalem, der populärste Fußballclub Israels, ist

seit seiner Gründung 1936 dafür bekannt, keine Araber im Team zu dulden. Zur Überraschung vieler engagiert der russisch-israelische Oligarch und Besitzer von Beitar, der Aspirationen auf den Bürgermeistertitel Jerusalems hegt, mitten in der Saison 2012/13 zwei muslimische Tschetschenen. Für die hartgesottene Fans ein

Affront: „Ewig rein“, skandieren sie lautstark aus den Zuschauerreihen, verlangen den Ausschluss der „Araber“ und verweigern dem Team unter erniedrigenden Beleidigungen jegliche Unterstützung. Der Anfang eines demütigenden Abstiegs. FOREVER PURE ist die Geschichte einer turbulenten Fussballsaison, vor allem aber eine Auseinandersetzung mit der israelischen Gesellschaft.“

Der israelische Filmbeitrag wird im Rahmen der Fußballkulturtag NRW vom 9.10.2018 bis 19.10.2018 gezeigt.

Weitere Informationen dazu unter: www.fussballkulturtag-nrw.de

Ort: Kölner Fanprojekt, Gereonswall 112, 50670 Köln

Eintritt: frei

Anmeldung unter: u.martin@fanprojekt.jugz.de

„Du Jude!“ – Alltägliches Antisemitismus in Deutschland

Ausstellungseröffnung, Mittwoch, 10. Oktober 2018, 17 Uhr, VHS Köln

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und die Landeszentrale für politische Bildung NRW laden ein: „Studien und Berichte zeigen es in aller Deutlichkeit: Antisemitismus ist ein alltäglicher Begleiter für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Häufig wird Judenfeindschaft allerdings immer noch ausschließlich als historisches Phänomen betrachtet und vorwiegend mit dem Nationalsozialismus verknüpft.

Mit der Ausstellung ‚Du Jude!‘ – Alltägliches Antisemitismus in Deutschland greifen wir aktuelle antisemitische Agitationsfelder und ihre Berührungspunkte zu Lebenswelten junger Menschen auf, um Jugendlichen ein Verständnis dafür zu vermitteln, dass Antisemitismus nach wie vor virulent ist.

Auf einer Podiumsdiskussion diskutieren Abraham Lehrer (Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland), Dr. Felix Klein (Antisemitismusbeauftragter der Bundesregierung) und

Maria Springenberg-Eich (Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung NRW) über aktuellen Antisemitismus in Deutschland und politische Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Im Anschluss wird es eine erste Führung durch die Ausstellung geben.“



Ort: Forum Volkshochschule im Museum am Neumarkt, Cäcilienstraße 29-33, 50667 Köln

Anmeldung: jannis.stenzel@politische-bildung.nrw.de

Die Ausstellung ist bis zum 16. November 2018 im VHS-Studienhaus in Köln (Foyer im 4. OG, Cäcilienstr. 35, 50667 Köln) zu sehen.

Weitere Informationen:

www.politische-bildung.nrw.de
www.koelnische-gesellschaft.de

Nachkommen von NS-Verfolgten im Fokus der Wissenschaft

Ergebnispräsentation, Donnerstag, 11. Oktober 2018, 12 Uhr, Caritas-Zentrum

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. präsentiert die Ergebnisse zweier interdisziplinärer Arbeitsgruppen: „Zu den Themenfeldern historisch-politische Bildungsarbeit und psychosoziale Fragen im Kontext der Arbeit von und mit Nachkommen von NS-Verfolgten arbeiteten namhafte internationale Expertinnen und Experten, die ihre Forschungsergebnisse im Oktober in Köln vorstellen und diskutieren werden. Darunter aus den USA die Psychologin Eva Fogelman und der Historiker Abraham Peck sowie aus Frankfurt die Soziologin Lena Inowlocki.

Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten belegen eine verfolgungsbedingte Vulnerabilität bei NS-Verfolgten und deren Nachkommen. Die Arbeitsgruppe zu psychosozialen Fragen befasste sich damit, in welcher Weise Nachfahren von der Verfolgungszeit der Vorfahren beeinflusst sind und welche sozialpsychologischen Angebote es in den verschiedenen Ländern bereits gibt beziehungsweise in der Zukunft geben sollte.

Die Expertinnen und Experten in der Arbeitsgruppe zur historisch-politischen Bildung analysierten, in welcher Form Nachkommen von NS-Verfolgten an Bildungsprojekten beteiligt sind, welches aus der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen gewonnene Wissen dabei Anwendung findet und welche Schlüsse daraus für eine zukünftige Erinnerungsarbeit gezogen werden sollten.

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. vertritt bereits seit Jahren neben den Interessen der Überlebenden auch die Anliegen ihrer Nachkommen. Mit der öffentlichen Präsentation der Arbeitsgruppenergebnisse möchte der Verein die Forschung zum Thema bündeln und der Praxis zugänglich machen.“

Weitere Informationen: Thorsten Fehlberg, fehlberg@nsberatung.de

Ort: Internationales Caritas-Zentrum, Zülpicher Str. 273B, 50937 Köln

Köln (post-)kolonial

Stadtrundgang, Freitag, 12. Oktober 2018, 15.30 Uhr, Köln-Nippes



Das Friedensbildungswerk lädt ein: „Das Ende des deutschen Kolonialreichs liegt mehr als 100 Jahre zurück. Doch koloniale Strukturen und Denkmuster prägen auch heute noch unser Zusammenleben und es gibt in zahlreichen Städten Straßennamen, die in Zusammenhang mit der deutschen Kolonialvergangenheit stehen. Im kollektiven Geschichtsbewusstsein kommt dieses Kapitel der deutschen Geschichte aber nur schleichend an.

Kaum einer weiß, weshalb Köln Anfang des 20. Jahrhunderts als ‚Koloniale Metropole‘ des Westens galt. Warum auch Gustav Nachtigal ein Kolonialverbrecher war. Oder wie der Kameruner Rechtsgelehrte Rudolph Manga Bell in seiner Heimat gegen die deutsche Kolonialherrschaft klagte.

Der Kolonialkritische Stadtrundgang gibt in der Auseinandersetzung mit den Straßennamen im Kölner ‚Afrika-Viertel‘ tiefere Einblicke in die koloniale Vergangenheit Kölns und Deutschlands. Außerdem wird thematisiert, wie mit Straßennamen als öffentlichen Erinnerungsorten hierzulande – und auch in anderen Ländern mit kolonialer Vergangenheit – umgegangen wird.“

Mit: Bebero Lehman, Historikerin an der Uni Köln

Teilnahmegebühr: 10 Euro, erm. 8 Euro

Treffpunkt: Haltestelle Florastraße vorm Goldenen Kappes

Anmeldung unter: fbkkoeln@t-online.de

Selbstbestimmungsrechte junger Migrantinnen

Workshop, Freitag, 12. Oktober 2018, 9.30 Uhr, agisra

Die informations- und Beratungsstelle agisra lädt ein: *„Zwangsverheiratung und andere Formen von körperlicher und psychischer Gewalt wie Kontrolle und Einschränkungen bei der Auswahl von Freundschaften, Ausgangsverbot, Zwang zur Jungfräulichkeit u. ä. ist keine private und familiäre Angelegenheit. Sie basieren auf patriarchalen traditionellen Strukturen.*

Die betroffenen Mädchen und jungen Frauen befinden sich in einem enormen Spannungsfeld. Sie schwanken lange Zeit zwischen dem Wunsch es den Eltern recht zu machen bzw. nicht die Kraft aufbringen zu können sich zur Wehr zu setzen und dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung. Mit dieser Problematik konfrontierte Fachkräfte fühlen sich meist über die Situation der Betroffenen und ihrer Familien

nicht ausreichend informiert und in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Wie können Sie Mädchen und Frauen, die von Zwangsverheiratung und anderen Formen familiärer Gewalt betroffen oder bedroht sind, unterstützen? Welches Hintergrundwissen benötigen Sie? Welche Rechtsgrundlagen gibt es?

*Mit dieser Fortbildung für Multiplikator*innen wird die Gelegenheit geboten, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen und gemeinsam Lösungsansätze zu erarbeiten.*

Ort: agisra e.V., Martinstr. 20a, 50667 Köln

Teilnahmebeitrag: 15 Euro

Anmeldung per E-Mail: seminare@agisra.org

Begegnungen mit der „Neuen Rechten“

Lesung/Talk, Freitag, 12. Oktober 2018, 21 Uhr, King Georg

Wie rechtsextreme Ideologen die Demokratie demontieren wollen – Abend von Ingo Zander (Journalist, Sozialwissenschaftler), Sprecher: Detlef Dickmann, Rald Drexler, Musik: Her Majesty Calling, Robert Taylor

Ort: King Georg, Sudermannstr. 2, 50670 Köln

Eintritt: 6 Euro

„Hier fühl ich mich zu Hause – heute anders als vor 100 Jahren?“

Szenische Lesung, Montag, 15. Oktober 2018, 18 Uhr, VHS Köln

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und die Landeszentrale für politische Bildung NRW laden ein: *„Hier fühl ich mich zu Hause“ ist eine Collage aus Lyrik, Liedern und Texten von jüdischen Autoren aus den 1930er Jahren und der Gegenwart. Mal ernst, mal komödiantisch, aber immer poetisch und musikalisch untermalt reflektiert das Stück die Auseinandersetzung der Menschen damals und heute mit den Ereignissen um sie herum. Es möchte auf den Zwiespalt der Juden und Jüdinnen aufmerksam machen, die zwischen Koffer packen und dem Glauben stehen, dass*

es Antisemitismus in einer aufgeklärter Gesellschaft nicht mehr geben darf.“

Mit Gerrit Pleuger, Matthias Seling. Axel Weggen am Klavier. Regie: Sophie Brüss

Die Veranstaltung findet begleitend zur Ausstellung *„Du Jude!“ – Alltäglicher Antisemitismus in Deutschland* statt.

Ort: VHS Studienhaus am Neumarkt (Raum 316), Cäcilienstraße 35, 50667 Köln

Eintritt: frei

Französischer Islam oder Islam in Frankreich?

Vortrag, Dienstag, 16. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Domforum

Das Katholische Bildungswerk lädt ein zu einem Vortrag mit Pater Hans Vöcking: *„Frankreich ist, wie auch die anderen westeuropäischen Staaten, seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland.*

Sowohl das Gros der Arbeitsmigranten als auch der Flüchtlinge in Frankreich kommen aus unterschiedlichen islamischen Kulturen. Das traditionelle Gesetz in Frankreich zur Trennung von

Religion und Politik schafft das Paradox, dass der laizistische säkulare Staat nicht in die Struktur einer Religionsgemeinschaft eingreifen soll. Andererseits soll eine Kirche oder Religionsgemeinschaft aber so strukturiert sein, dass sie

dem Staat einen privilegierten Ansprechpartner anbieten kann.“

Ort: Domforum, Domkloster 3, Köln-Innenstadt

Eintritt: 3 Euro

KÖLN 68! Protest. Pop. Provokation

Ausstellungseröffnung, Freitag, 19. Oktober 2018, 19 Uhr, IHK Köln



Das Kölnische Stadtmuseum teilt mit: „Die Ereignisse der späten 1960er-Jahre, die heute unter der Chiffre „68“ zusammengefasst werden, markieren in der Geschichte der Bun-

desrepublik Deutschland einen bedeutsamen Einschnitt. Die Stimmung innerhalb der jungen Generation, gerade im studentischen Umfeld, war angespannt. Mit Protesten gegen die starren Verhältnisse forderten junge Menschen – in Deutschland, aber auch in Frankreich, USA oder Italien – die demokratische Institutionenordnung heraus. Auch in Köln demonstrierten Studierende sowie Schülerinnen und Schüler für mehr Mitbestimmung und Demokratisierung. Mit Flugblättern, Transparenten und neuen Demonstrationsformen verschafften sie ihren Forderungen Gehör und legten die Grundlagen für viele neue Entwicklungen in der Stadt.

Heute steht „1968“ für vieles. Für Sit-ins, Straßenschlachten, Anti-Vietnamkriegsproteste, Kampf gegen alte Nazis, lockere Geschlechterbeziehungen, antiautoritäre Erziehung, lange Haare oder Aussteigerkommunen, vor allem aber: für Aufbruch und Umbruch.

In Kooperation mit dem Historischen Institut der Universität zu Köln nimmt das Kölnische Stadtmuseum jetzt die vielschichtigen Ereignisse und Entwicklungen in Köln rund um das Jahr 1968 in den Fokus – und damit ein auf Ausstellungsebene bislang zu Unrecht stark vernachlässigtes Thema. Mit eindrucksvollen Originalobjekten, Filmausschnitten, Zeitzeugeninterviews und innovativen Veranstaltungen begibt sich die gemeinsame Jubiläumsschau auf eine bewegende Zeitreise.“

Die Ausstellung ist vom 20. Oktober 2018 bis zum 24. Februar 2019 im Kölnischen Stadtmuseum zu sehen.

Flüchtlingskrise – Fluchtgründe und Lösungsansätze

Vortrag und Diskussion, Samstag, 20. Oktober 2018, Köln-Ehrenfeld

Die Afrikanische Gemeinde Köln (AGK) lädt ein zu einem Vortrag mit Paul Sedzro Sozialwissenschaftler und Generalsekretär AGK: „Weltweit fliehen Menschen aus ihren Heimatsregionen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Es gibt keinen Mensch auf der Welt, der seine Familie, sein Heimatland, seine Freunde ohne bestimmten Grund und freiwillig verlassen kann. Es sterben hunderte afrikanischen jungen Menschen im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa, weil sie wegen globaler Ungerechtigkeit, ökonomischer Ausbeutung, angestifteten Kriege, Grundrechtsverletzungen, Waffenexportation nach Afrika, Repression gegen Minderheiten sowie Diktatur usw. fliehen müssen. Aufgrund dessen können wir nicht tolerieren, dass die jungen Afrikaner, die in Deutschland leben, keinen Schutz und kein Asyl bekommen. Die neuen erfundenen Begriffe „Asyltourismus“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“ vergiften das gesellschaftliche Klima.

Aufgrund der zunehmenden Diskussion über die Gestaltung der Integration und die Abschiebung der hier lebenden Flüchtlinge nach Afrika sehen wir uns im Verein der afrikanischen Diaspora in Köln als Experte für dieses Thema und sind in der Lage, Lösungsansätze für das Problem der Migration von Afrika nach Deutschland zu empfehlen. Ebenfalls müssen wir uns gemeinsam mit den aktuellen deutschen und europäischen Asyl- und Migrationsdebatte sowie mit den Fluchtursachen auseinandersetzen.“



„Aufgrund der zunehmenden Diskussion über die Gestaltung der Integration und die Abschiebung der hier lebenden Flüchtlinge nach Afrika sehen wir uns im Verein der afrikanischen Diaspora in Köln als Experte für dieses Thema und sind in der Lage, Lösungsansätze für das Problem der Migration von Afrika nach Deutschland zu empfehlen. Ebenfalls müssen wir uns gemeinsam mit den aktuellen deutschen und europäischen Asyl- und Migrationsdebatte sowie mit den Fluchtursachen auseinandersetzen.“

Veranstaltungsort: Afrikanische Gemeinde Köln (AGK) e.V., Weinsbergstraße 190, 50825 Köln-Ehrenfeld (Im Hinterhof)

Eintritt: frei

Aktuelle Formen des Antisemitismus

Vortrag, Donnerstag, 25. Oktober 2018, 19 Uhr, Aachen

Die VHS Aachen lädt ein zu einem Vortrag mit Pierre Klapp: „Spätestens seit im vergangenen Jahr öffentlich bekannt wurde, dass ein jüdischer Schüler aus Berlin nach antisemitischen Bedrohungen seine Schule verlassen musste und wenige Monate später Israel-Fahnen auf Demonstrationen öffentlich verbrannt wurden, wird die Debatte um einen steigenden Antisemitismus in Deutschland wieder intensiv geführt.“

Der Vortrag beleuchtet die unterschiedlichen Facetten des Antisemitismus, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie die historischen Kontinuitäten der Judenfeindschaft und greift hierbei auch aktuelle gesellschaftliche Debatten auf.“

Ort: VHS, Peterstraße 21–25, Forum

Eintritt: frei

Erinnern im öffentlichen Raum. Das Völkermord-Mahnmal in Köln

Podiumsdiskussion, Freitag, 26. Oktober 2018, 17 Uhr, Domforum



Pax Christi, Forum Ziviler Friedensdienst und Katholisches Bildungswerk Köln laden ein: „Am 15. April 2018 haben über hundert Menschen ein Mahnmal an der Hohenzollernbrücke enthüllt, das an den Genozid an den Armeniern erinnert. Das Mahnmal ächtet in einer Inschrift auf Armenisch, Deutsch, Türkisch und Englisch Rassismus und Nationalismus als eine Ursa-

che von Völkermorden. Die Kölner Stadtverwaltung entfernte es nach vier Tagen wegen fehlender Antragstellung. Außerdem enthalte es 'angesichts der Vielzahl türkischer Mitbürger in Köln' ein 'hohes Konfliktpotenzial'.

Über die aktuellen Kontroversen zum Genozid-Mahnmal diskutieren wir mit verschiedenen Akteuren auf dem Podium.“

Ort: Domforum, Domkloster 3, Köln-Innenstadt

Eintritt: frei

Diversität, Macht und Antidiskriminierung in der Mediation

Fortbildung, Freitag/Samstag, 26./27. Oktober 2018, Friedensbildungswerk Köln

Das Friedensbildungswerk lädt ein: „Auch Mediationen sind beeinflusst durch Vorurteile, Machtgefälle, bewusste oder unbewusste Diskriminierungen. Davor sind weder die MediantInnen im Umgang miteinander, noch wir als MediatorInnen gefeit. Jeder Mensch trägt aufgrund seiner Prägung und Lebenserfahrung ganz unbewusst eine gewisse Brille, die den Blick auf die Wirklichkeit beeinflusst und Realitäten konstruiert. Mediationen finden immer in Strukturen statt, die Einfluss auf den Prozess, das Ergebnis und alle Beteiligten haben.“

Dieser Workshop will diese Störfaktoren' gezielter analysieren und einen besseren Umgang damit erarbeiten. Hierzu werden wir uns v.a. auf den erfahrungsorientierten Anti-Bias Ansatz berufen, der sich ganz der Antidiskriminierung widmet und eine grundsätzliche diversitätsbewusste Arbeits- und Lebenshaltung fördern will.

Zu behandelnde Fragen sind u.a.: Was sind Diskriminierungen, was ist Diversität? Welche Einstellungen & Identitäten spielen bei mir und meinen Mediantinnen eine Rolle (z.B. zu Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, Sprache...)? Welche Rolle spielt Macht in der Mediation?

Wo und wie funktionieren strukturelle und individuelle Diskriminierungen unmittelbar oder im Hintergrund?

Wie beeinflusse ich positiv als MediatorIn das Geschehen wissend um jene Faktoren?“

Veranstaltungsort: Friedensbildungswerk Köln, Obenmarspforten 7-11, 50667 Köln

Teilnahmegebühr: 150 Euro

Weitere Informationen und Anmeldung:

<https://friedensbildungswerk.de/html/anmeldung.html>

80 Jahre Novemberpogrome 1938 Veranstaltungsreihe in Aachen

Die VVN Aachen: „Seit 1988 wird in Aachen öffentlich an die Pogrome gegen Jüdinnen und Juden am 9. November 1938 erinnert. Den Novemberpogromen sollten noch viele andere, noch grausamere folgen. Anlass unserer Erinnerungsarbeit war damals der 50. Jahrestag dieses Verbrechen gegen die Menschheit. Damals wie heute ging es nicht um formale 'runde' Jahrestage. [...]

Kurz nach dem Fall der Mauer begannen in ganz Deutschland pogromartige Zustände: Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, und Solingen sind allgemein bekannte Namen, aber wer weiß denn, dass bis heute 312 Menschen aus rassistischen Motiven ermordet wurden? Das Besondere an den NSU Morden ist weniger die Mordserie als die Beteiligung und Vertuschung durch staatliche Einrichtungen wie Staatsschutz und Verfassungsschutz.

Deutsche Jüdinnen und Juden und u. a. Gegner des Faschismus waren in der Nazizeit auf Asyl angewiesen. Deshalb wurde das Recht auf Asyl Bestandteil des Grundgesetzes. Aber dieses Recht wurde ausgehöhlt bis zur Unkenntlichkeit. Tausende Menschen sterben in Wüsten und im Mittelmeer, weil auch die deutsche Regierung

ihnen mittlerweile die kalte Schulter zeigt. Nazis sitzen im Parlament und treiben die bisherigen Politikverantwortlichen vor sich her. Gründe gibt es immer noch genug, das Motto unserer Gedenkveranstaltungen weiter zu verfolgen. Diese sind Teil einer Kultur, die es braucht, um der andauernden Entwicklung nach Rechts entgegenzutreten und Menschenrechte für alle zu schützen.“



Es gibt u.a. Vorträge zu folgenden Themen:

11.10. Antisemitismus im deutschen Rap

18.10. Jüdisches Leben im Frankenberger Viertel

23.10. Das Fremde zwischen Angst und Faszination

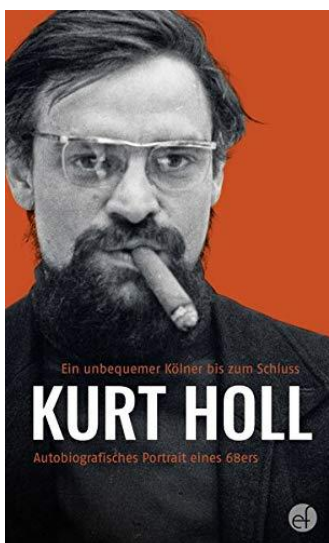
23.10. Alemannia Aachens Geschichte in der NS-Zeit

25.10. Die Menschlichkeit wahren – der Ausgrenzung wehren

Das komplette Programm unter:

<https://aachen.vvn-bda.de/80-jahre-novemberpogrome-1938/>

Kurt Holl – ein unbequemer Kölner bis zum Schluss Lesung, Sonntag, 28. Oktober 2018, 13.30 Uhr, Lutherkirche



Der Verlag editionfredebold teilt mit: „Uneitel, kompromisslos, nur rücksichtslos gegen sich selbst, wenn es darum ging, denen eine Stimme zu geben, die keine (Mit-) Sprache hatten. Kurt Holl verschrieb sich mit Leib und Seele diesem Motto. Mit seiner beeindruckenden Autobiografie belegt er nachhaltig, dass die Überführung des revolutionären Geistes der 68er Jahre in die heutige Zeit gelungen und lebendig gehalten ist.

Mit Witz und Präzision beschreibt er seine politischen Aktionen von 1960 bis 2015 und zeigt die vielen Facetten eines Lebens als „Berufsrevolu-

tionär“. An seinem eigenen Beispiel, seiner Herkunftsfamilie, Lehrer-Kollegen, Gleichgesinnten und Mitstreitern analysiert er die gesellschaftlichen Verstrickungen mit der NS-Vergangenheit und die Auswirkungen der Verleugnung und des Wegschauens.

Da er seine Autobiografie durch seinen unerwarteten Tod nicht vollenden konnte, ergänzen seine Söhne und einige MitstreiterInnen das Bild des Mannes, der uns allen hinterlassen hat, dass es lohnt, sich für Gerechtigkeit – gegen alle Widerstände – einzusetzen.“

Die (Auto)biographie eines 68ers erscheint am 18. Oktober und wird am 28. Oktober erstmalig vorgestellt. Weiteres zum Buch auch im nächsten ibs-Newsletter

Veranstaltungsort: Lutherkirche, Martin-Luther-Platz 2-4, 50677 Köln

Eintritt: frei

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in den 50er und 60er Jahren

Vortrag, Montag, 29. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Synagoge Roonstraße

Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit lädt ein: „Die Kölnische Gesellschaft gründete sich, entgegen der Anfänge der Gründung anderer Gesellschaften wenige Jahre nach Kriegsende 1945, erst 1958. Bereits in den Anfangsjahren gehörten zahlreiche Veranstaltungen, sowie öffentlichkeitswirksame Aktionen und Stellungnahmen zum Haupttätigkeitsfeld der Gesellschaft.“

Der Referent, Henning Tetz, forscht zur Geschichte der Kölnischen Gesellschaft und schreibt zu diesem Thema seine Dissertation.“

Ort: Judaica der Synagogengemeinde Köln, Roonstr. 50, Köln

Eintritt: 3 Euro

Grundlagen des Asylrechts

Vortrag, Dienstag, 30. Oktober 2018, 18 Uhr, Köln-Nippes

Der Kölner Flüchtlingsrat lädt ein: „Um als Engagierte*r in der Flüchtlingsarbeit erfolgreich eine Unterstützung bieten zu können, bedarf es grundlegender Kenntnisse über das deutsche Asylrecht und die zugehörigen Beratungs- und Hilfestrukturen in Köln. Wir möchten und am Abend diesen Themen widmen.“

sichtigt? Diese und weitere Fragestellungen werden Thema des Abends sein. Es werden keine Vorkenntnisse vorausgesetzt. Fragen und Diskussion erwünscht!“

(Es findet keine Klärung/Beratung von Einzelfällen statt.)

Referent: Claus-Ulrich Pröiß, Geschäftsführer Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Veranstaltungsort: Kölner Flüchtlingszentrum FliehKraft, Turmstr. 3-5 (2.OG), 50733 Köln

Eintritt: frei

Dörfer der Hoffnung

Tanztheater, Dienstag, 30. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Bonn

Das internationale frauenzentrum bonn e.V. und das Frauennetzwerk für Frieden e.V. laden ein: „Das Stück ist eine getanzte Botschaft und eine Einladung zum Aufbau einer Friedenskultur. Inspiriert durch den Beitrag der Frauen bei den Friedensverhandlungen 2016 in Kolumbien haben Laiendarstellerinnen aus verschiedenen Ländern unter der Leitung der erfolgreichen Choreographin Bibiana Jiménez das Stück ausgearbeitet.“

von Krieg, sondern gewaltfrei und gleichberechtigt zu leben!“

Weitere Termine: 31.10 (19.30) und 1.11. (18h)

Veranstaltungsort: Theater Marabu, Kreuzstraße 16, Bonn-Beuel.

Kartenreservierung unter: 0228 965 2 465 oder per Email unter: ifz.bonn@t-online.de

Weitere Informationen unter: <http://www.ifzbonn.de/index.php/aktuelles>



Schule partizipativ gestalten und Demokratie stärken

Fachtag, Dienstag, 30. Oktober 2018, 9.30 Uhr, Düsseldorf

Das Zentrum für Schulpsychologie lädt ein: *„Erziehung für die Demokratie ist eine bedeutsame und zentrale Aufgabe für Schule und Jugendbildung. Kinder und Jugendliche sollen bereits in jungen Jahren Vorzüge, Leistungen und Chancen der Demokratie erfahren und erkennen, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie Toleranz niemals zur Disposition stehen dürfen - Demokratie und demokratisches Handeln können und müssen gelernt werden - auch nicht in Zeiten eines tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels. Um der Verbreitung von Diskriminierung, Antisemitismus, Hass und Hetze etwas entgegen zu setzen, möchte der Fachtag Informationen, Praxisbeispiele sowie konkrete Impulse für die demokratische und partizipative Arbeit mit Schülerinnen und Schülern bieten!“*

Zielgruppe: Lehr- und pädagogische Fachkräfte sowie Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozi-

alarbeiter aus Grund- und weiterführenden Schulen sowie Bildungseinrichtungen wie Bibliotheken, VHS, Medienzentren etc.

Veranstaltungsort VHS Weiterbildungszentrum, Saal 1, Bertha-von-Suttner-Platz 1, 40227 Düsseldorf

Anmeldung bis 12. Oktober unter:
<https://www.duesseldorf.de/schulpsychologie/angebote.html>



Recht auf Familie für alle?

Podiumsdiskussion, Dienstag, 30. Oktober 2018, 19.30 Uhr, Domforum

Das Katholische Bildungswerk Köln und der Caritasverband für die Stadt Köln e.V. laden ein: *„Viele Familien wurden auf ihrer Flucht vor Krieg und Verfolgung getrennt. Manche Flüchtlinge haben sich zunächst alleine auf den Weg gemacht, in der Hoffnung, ihre Familie nachholen zu können. Darauf warten sie zum Teil seit Jahren – und oft vergebens.“*

Wenn Kinder und Partner im Kriegsgebiet oder einem Drittland zurückbleiben, kreisen die Gedanken natürlich um die Familie. Das macht es schwer, sich auf die neue Sprache und Kultur in Deutschland einzulassen und sich in der Fremde zu integrieren. Podiumsgäste und Veranstaltungsbesucher positionieren sich zu den Fragen: Wie wird Familiennachzug auf Landes- und Kommunalebene umgesetzt?

Welche Auswirkungen hat die aktuelle Praxis für die unmittelbar Betroffenen? Was bedeutet das für die konkrete Arbeit mit Flüchtlingen und Integrationsbemühungen?“

Podiumsdiskussion: Serap Güler, Staatssekretärin Landesregierung NRW; Dr. Harald Rau, Sozialdezernent Stadt Köln; Dr. Alexander Kalbarczyk, Geschäftsführer der Migrationskommission/Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz; Bassam Ghazlan, bei dem die Familienzusammenführung geglückt ist

Moderation: Helmut Frangenberg, Kölner Stadt-Anzeiger

Ort: Domforum, Domkloster 3, Köln-Innenstadt

Eintritt: frei

Zusammen – Spiel dich fit für Vielfalt

Angebot der Heinrich Böll-Stiftung für Berufsschulen



Die Heinrich Böll Stiftung teilt mit: „Wir haben vier Planspiele entwickelt, um mit Schüler*innen das Thema Vielfalt auf unterschiedliche Weise zu bearbeiten.

Das Set ‚Zusammen‘ besteht aus vier Planspielen. Sie behandeln die Themen: Freizeit, Demokratie, Flucht und Migration sowie Arbeit. Pro Spiel benötigt man mindestens 90 Minuten. Sie können alle einzeln gespielt werden und sind auch geeignet für

Deutsch-Lernende. Die spielerische Herangehensweise an die genannten Themen gibt den Vermittelnden wie den Jugendlichen die Mög-

lichkeit sich mit Freude herausfordernden Situationen zu nähern.

Was leistet ZUSAMMEN? Im Team handeln / Perspektiven wechseln / Mit Unterschiedlichkeiten umgehen / Herausforderungen meistern / Spaß durch ungewöhnliche Rollen und Aufgaben / Demokratiebildung

Aufgrund der Methodenvielfalt eignet sich das Planspiel für alle Jugendlichen ab 16. Konzipiert wurde es mit besonderem Augenmerk auf die Gruppe der Berufsschüler*innen.“

Weitere Informationen unter:

<https://www.boell.de/de/zusammen-planspiele-im-kurzformat>

Diskriminierungsrisiken & -schutz für geflüchtete Menschen in NRW

Praxisstudie von ARIC

Das Anti-Rassismus Informations-Centrum ARIC-NRW e.V./Projekt Kompass F teilt mit: „Das Konstrukt ‚Bleibeperspektive‘ schafft ein diskriminierendes Raster zur Einteilung von geflüchteten Menschen in Deutschland, welches auch rechtswidrig z.B. im Gesundheitswesen Anwendung findet. Fachkräfte und Betroffene befürchten aufenthaltsrechtliche Nachteile, wenn sie gegen institutionelle Diskriminierung vorgehen.

Dies sind zwei Erkenntnisse der Praxisstudie ‚Diskriminierungsrisiken & Diskriminierungsschutz für geflüchtete Menschen in NRW‘, die das Projekt Kompass F erstellt hat. Das auf drei Jahre ausgerichtete Projekt entwickelt exemplarisch mit Einrichtungen der Geflüchtetenhilfe des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW systematisiertes Anwendungswissen sowie Interventionsstrategien zum Abbau von Diskriminierungen geflüchteter Menschen.

Ziel der Studie ist es, mehr und genauere Erkenntnisse über das Erleben von Diskriminie-

rung geflüchteter Menschen zu erhalten, um auf deren Basis praxisnahe Instrumente für den Diskriminierungsschutz für Geflüchtete zu entwickeln. Dazu werden Erkenntnisse zu Diskriminierungsrisiken, -felder und -formen geflüchteter Menschen in NRW beim Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Wohnen, Arbeit, Bildung und gesundheitliche Versorgung erhoben, sowohl aus der Perspektive geflüchteter Menschen als auch der von Fachkräften der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten. Geführt wurden 10 Betroffenen-Interviews mit 19 geflüchteten Menschen unterschiedlicher Herkunftsregionen und Diskriminierungsdimensionen, sowie 11 Interviews mit 24 Fachkräften verschiedener Dienste und Zielgruppenausrichtung. An der Online-Umfrage nahmen 83 Fachkräfte der Sozialen Arbeit mit Geflüchteten teil.“

Die Studie als pdf zum Download:

<https://www.kompass-f.de/diskriminierungsrisiken/praxisstudie-kurzfassung/>

„Rettet das Recht auf Asyl“

Broschüre von Pro Asyl

Pro Asyl teilt mit: „Bei Pro Asyl e.V. ist unter dem diesjährigen Motto ‚Rettet das Recht auf Asyl‘ zum Tag des Flüchtlings (28.09.2018) ein Heft erschienen, das sich in rund 20 Beiträgen mit vielfältigen Aspekten der aktuellen rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Situati-

on von Schutzsuchenden in Deutschland und Europa kritisch auseinandersetzt, Zahlen, Fakten und Einschätzungen liefert.“

Bestellung und Download als pdf unter:

www.proasyl.de

Überwiegend positiv

Kölner Studie zeigt die Einstellungen der Bevölkerung zu Flüchtlingen

Die Uni Köln teilt mit: „Die Ergebnisse der Kölner Flüchtlingsstudien des Instituts für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln zeigen eine weitgehend positive Einstellung in der deutschen Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen. Die Forschergruppe um Professor Dr. Jürgen Friedrichs, Felix Leßke und Vera Schwarzenberg hat in drei Städten in jeweils zwei Wohngebieten mit einer Flüchtlingsunterkunft rund 2.200 Anwohner befragt: in Hamburg (Harvestehude und Bergedorf), Köln (Ostheim und Rondorf) und Mülheim an der Ruhr (Mitte und Saarn).

So empfinden 47,3 Prozent der Befragten Mitgefühl für Flüchtlinge in Deutschland und 26,5 Prozent sehen Flüchtlinge positiv. Nur 5,1 Prozent gaben an, dass sie Flüchtlingen negativ gegenüberstünden. 10 Prozent der Befragten finden jedoch, dass zu viele Flüchtlinge aufgenommen wurden und weitere 12,1 Prozent fordern eine Zuzugskontrolle.

Nimmt man die positiv konnotierten Antworten zusammen, dann kommen die beiden eher wohlhabenden Gebiete Harvestehude und Rondorf in den Befragungswellen jeweils auf 80 Prozent und 84 Prozent positive Äußerungen. Mülheim Mitte und Ostheim hingegen, die beiden weniger wohlhabenden Gebiete, kommen auf 62 Prozent und 67 Prozent. Unterschiede zwischen den Wohngebieten mit unterschiedlichem sozialen Status sind also zu erkennen. Der soziale Status wurde unter anderem über das Bildungsniveau gemessen.

Eine Reihe weiterer Fragen richtete sich auf die Einstellungen zu der Flüchtlingsunterkunft im

eigenen Wohngebiet. ‘Wir nahmen zunächst an, dass man zwar Flüchtlingen gegenüber generell positiv eingestellt sein könnte, vor der eigenen Haustür aber dennoch keine Flüchtlingsunterkunft akzeptieren würde. Das trifft nicht zu’, sagt Professor Dr. Jürgen Friedrichs, der die Studie leitet. Insgesamt gab es (bei Mehrfachantworten) 72 Prozent positive Antworten, nur 6 Prozent lehnten die Unterkunft ab. In der zweiten Welle sind diese positiven Tendenzen sogar noch stärker ausgeprägt. Insgesamt liegt hier die Quote für positive Antworten bei 94,9 Prozent. Dies spricht dafür, dass sich die ohnehin große Akzeptanz der Flüchtlingsunterkünfte im Wohngebiet nach dem Einzug der Flüchtlinge im Laufe der Zeit durch Gewöhnungseffekte und positive Erfahrungen verstärkt hat oder Befürchtungen nicht eingetreten sind.

Ein wichtiges Ereignis für die Einstellung gegenüber Flüchtlingen waren die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16 in Köln und anderen Städten. Auf die Frage ‘Haben die Ereignisse von Silvester 2015/16 am Kölner Hauptbahnhof Ihre Einstellung zu Flüchtlingen verändert?’ antworteten 32, 1 Prozent mit ‘Ja’, weitere 8,8 Prozent mit ‘vorübergehend’ und 59 Prozent mit ‘Nein’. Das Team der Uni Köln zeigt in der Studie zudem eine Entwicklung von Ängsten und Befürchtungen auf. Auch der Einfluss von unmittelbaren sozialen Kontakten zu Flüchtlingen wurde abgefragt und untersucht.“

Eine detaillierte Aufschlüsselung der Ergebnisse und weiterführende Informationen zur Studie finden Sie unter: https://www.iss-wiso.uni-koeln.de/sites/soziologie/PDF/Forschungsprojekte/Pressemitteilung_September_2018.pdf

Faktensammlung Diskriminierung Studie der Bertelsmann-Stiftung

Die Bertelsmann-Stiftung teilt mit: „Die Publikation ist eine Sammlung von Quellen, die sich mit dem Thema ethnische und religiöse Diskriminierung in Deutschland beschäftigen und in den letzten zehn Jahren veröffentlicht wurden. Die einzelnen Kapitel spiegeln die aktuelle Forschungslage in verschiedenen Lebens- oder Themenbereichen wider. Es werden Studien, deren Methoden und Ergebnisse kurz zusammengefasst dargestellt. Daraus ergibt sich ein klares Bild: Diskriminierung aufgrund der ethnischen oder religiösen Herkunft findet

sich auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, im Bildungssystem sowie im täglichen Alltag.“

Die Studie als pdf zum Download:

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/diskriminierung-2018/>



Neu in der Bibliothek

Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute



Der Ausstellungskatalog der Ausstellung „Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute“, herausgegeben vom NS-Dokumentationszentrum München, dem Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin und dem Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg, umfasst dargestellte Klebezettel, Sticker und weiteren Materialien sowie Erläuterungen und Hinter-

grundinformationen in Bezug auf Antisemitismus und Rassismus. Zunächst werden in dem Katalog grundlegende Informationen zu der Ausstellung gegeben. Die Ausstellung dokumentiert rassistische und antisemitische Klebezettel im zeitlichen Verlauf seit 1880 bis heute und möchte dabei Kontinuitäten zwischen Antisemitismus und Rassismus früherer Zeit und heute aufzeigen. Die Ausstellung möchte insbesondere auch auf das Medium der Zettel und Sticker aufmerksam machen, weil diese unterschiedliche gesellschaftspolitische Stimmungen und Einstellungen wiedergeben und diese als Botschaften im Stadtraum sichtbar werden. Die Herausgeber*innen beschreiben beispielsweise, dass hinter Klebezetteln Weltbilder stecken und historische Bezugspunkte hergestellt werden können und eingeordnet wird, inwieweit frühere Parolen und Botschaften auch heute wiederbelebt werden. Das Medium ist dabei entscheidend, weil dieses viel mit der Einnahme des Stadtraums einhergeht und auf unterschiedlichen Orten

sichtbar wird. Unterschiedliche Medien mit unterschiedlichen Parolen werden dabei dargestellt und in historische und politische Bezüge eingeordnet. Einerseits geht es dabei darum, die Medien und ihre Auswirkung auf einer privaten Ebene zu verorten, beispielsweise bei der Verwendung von Briefverschlussmarken auf Liebesbriefen oder bei der Verwendung auf Geschäften und Waren. Andererseits geht es bei den Stickern darum, öffentliche Aussagen zu unterstreichen, beispielsweise bei politischen Standpunkten. Der Katalog bildet jeweils unterschiedliche Sticker ab, gibt Informationen zum Fundort und Datum und beschreibt thematisch zugeordnet die einzelnen Themenbereiche, z.B. Kolonialrassismus oder Wechselwirkungen zwischen Antisemitismus und Rassismus. Dokumentiert werden unterschiedlichen Medien aus unterschiedlichen Zeiten und von unterschiedlichen Gruppierungen, Organisationen und Parteien. Die zunächst zugehörigkeitslosen Sticker können somit sehr gut in einen Kontext gebracht werden, Kontinuitäten erzeugt sowie gleiche Debatten sichtbar werden. In drei abschließenden Essays werden zudem unterschiedliche Hintergründe und Geschichten von Stickern beleuchtet. Insgesamt bietet der Katalog die Möglichkeit, die Medien einzuordnen, Bezüge herzustellen und Wechselwirkungen sichtbar zu machen. (Catrin Opheys)

Angezettelt. Antisemitische und rassistische Aufkleber von 1880 bis heute. Herausgegeben von: NS-Dokumentationszentrum München, Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin und Zentrum jüdische Studien Berlin-Brandenburg in Zusammenarbeit mit Isabel Enzenbach
Metropol Verlag, Berlin 2017
142 Seiten, 22 Euro
ISBN: 978-3-86331-336-4

Am rechten Rand

Urteilsverkündung im NSU-Prozess

Am 11. Juli fällte der Senat des Oberlandesgerichts München sein Urteil im NSU-Prozess. Die Hauptangeklagte Beate Zschäpe wurde als Mitäterin der Morde und Sprengstoffanschläge, wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und wegen schwerer Brandstiftung zu lebenslanger Haft verurteilt. Das Gericht stellte die besondere Schwere ihrer Schuld fest. Neben Zschäpe wurden vier weitere Urteile gegen Unterstützer des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ verkündet. Ralf Wohlleben wurde wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen schuldig gesprochen und zu zehn Jahren Haft verurteilt. Eine Woche nach der Urteilsverkündung wurde Wohlleben nach sechs Jahren und acht Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen, da keine Fluchtgefahr mehr bestehe. Wohlleben gilt als wichtigster NSU-Unterstützer der Anfangszeit, er beschaffte nicht nur Geld für die im Untergrund lebenden Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt, sondern auch die Waffe, mit der die neun Morde begangen wurden. André Eminger wurde wegen Unterstützung des NSU zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, aber nicht der Beihilfe zum versuchten Mord und zu den Raubüberfällen schuldig gesprochen. Die Bundesanwaltschaft hatte dies mit einem Strafmaß von 12 Jahren gefordert. Noch am 11. Juli entließ das Gericht Eminger aus der Untersuchungshaft. Eminger mietete Wohnungen und Fahrzeuge für das untergetauchte Trio an, besorgte BahnCards und verhalf Beate Zschäpe zu einer gefälschten Identität. Holger Gerlach wurde aufgrund der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu drei Jahren Haft verurteilt. Er unterstützte die drei Untergetauchten unter anderem mit Ausweispapieren und Geld. Carsten Schultze wurde zu drei Jahren Jugendstrafe wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen verurteilt. Er hatte die Übergabe der Mordwaffe an Mundlos und Bönhardt gestanden.

Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker begrüßte es, dass die Hauptangeklagte im Prozess zu den Morden und Anschlägen NSU „zu ihrer gerechten Strafe verurteilt wurde“. Dies sei für die Angehörigen der Opfer und für die Überlebenden der Anschläge ein wichtiges Zeichen.

Jenseits der Hauptangeklagten Zschäpe wurde das Urteil gegen die Unterstützer des NSU je-

doch von vielen als mild kommentiert. „Wir sind nicht nur enttäuscht, sondern auch wütend über das Urteil“, erklärten noch am Abend des 11. Juli 22 Vertreterinnen und Vertreter der Nebenklage. Das geringe Strafmaß insbesondere für Ralf Wohlleben und André Eminger unterstütze die sogenannte Triothese, demnach Mundlos, Bönhardt und Zschäpe isoliert gehandelt hätten. Die Generalbundesanwaltschaft sei dieser These weitgehend gefolgt und habe den NSU nicht als größeres rechtsterroristisches Netzwerk begriffen oder begreifen wollen. Die Initiative NSU-Watch, die den gesamten Strafprozess am Oberlandesgericht München kritisch begleitete, empfand das Urteil als „Schlag ins Gesicht für die Angehörigen der vom NSU Ermordeten und die Überlebenden des NSU-Terrors“. Es habe demnach keine umfassende Aufklärung des NSU-Komplexes gegeben, insbesondere die Rolle der Verfassungsschutz-Behörden sei nur unzureichend thematisiert und aufgedeckt worden.

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ verübte in Köln zwei Sprengstoffanschläge. Am 19. Januar 2001 explodierte ein Sprengsatz in einem Lebensmittelgeschäft einer iranischen Familie in der Probsteigasse, der kurz vor Weihnachten 2000 in einer Stollendose dort abgegeben wurde. Eine junge Frau wurde dabei schwer verletzt. Am 9. Juni 2004 detonierte eine Nagelbombe in der vorwiegend von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte lebenden Keupstraße und verletzte 22 Menschen zum Teil schwer. Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker äußerte sich am Tag der Verkündung in einer Stellungnahme zu dem Urteil. Den Opfern und ihren Angehörigen gelte als Oberbürgermeisterin dieser Stadt ihr ganzes Mitgefühl. Sie sehe außerdem eine Verantwortung der Kölner Stadtgesellschaft, die Opfer der Anschläge, die durch die diskriminierende Behandlung nach dem Anschlag ein zweites Mal zu Opfern wurden, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Jahrelang wurden Anwohnerinnen und Anwohner der Keupstraße von den Ermittlungsbehörden schikaniert, observiert und kriminalisiert. Opfer wurden zu Tätern gemacht, Vermutungen eines rassistischen Tatmotivs hingegen weder ernst genommen noch verfolgt. (kl)

Rechte Kundgebung in Bonn

Am 1. September versammelten sich auf dem Platz der Vereinten Nationen in Bonn ca. 15 Personen, vorwiegend aus dem rechten und verschwörungstheoretischen Spektrum, zu einer Kundgebung unter dem Motto „70 Jahre Parlamentarischer Rat“. Der Parlamentarische Rat war eine Versammlung der elf deutschen Länderparlamente in den drei Westzonen der Nachkriegszeit, die sich vor 70 Jahren konstituierte

und im Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verabschiedete. Die Redebeiträge aus den Reihen von „Mütter gegen Gewalt“, des HipHop-Duos „Die Bandbreite“ sowie anderen drehten sich hauptsächlich um das derzeit in der Szene virulente Thema „Meinungsfreiheit“. Ca. 130 Menschen protestierten etwas entfernt gegen die Kundgebung. (kl)

Wassenberg: Hitlergrüße auf dem Mannschaftsfoto

Als eine Fußball-Mannschaft des SC Myhl aus Wassenberg (Kreis Heinsberg) sich am 2. September zu einem Gruppenfoto vor einem türkischen Schnellimbiss aufstellte, kam es zu einem folgenschweren Vorfall. Sieben Spieler sowie der Besitzer des Schnellrestaurants, aktueller Trikotsponsor der Mannschaft, zeigten für ein Foto gemeinsam den Hitlergruß. Letzterer postete das Bild in den sozialen Netzwerken, wo es sich schnell verbreitete.

Der Verein SC Myhl reagierte schnell und konsequent auf den Vorfall, schloss die sieben be-

teiligten Spieler aus dem Verein aus und beendete die Zusammenarbeit mit dem Sponsor mit sofortiger Wirkung. Der Staatsschutz in Aachen hat aufgrund des „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ Ermittlungen aufgenommen. Gegenüber den Aachener Nachrichten gab der nunmehr ehemalige Sponsor bekannt: „Ich bin ein Typ, der gerne Späße macht, gerade mit so etwas“. Auch in sozialen Netzwerken unterschrieb er seine Texte „mit nationalsozialistischen Begriffen wie ‚Sieg Heil‘“, was jedoch „keinesfalls politisch, sondern immer satirisch gemeint“ sei. (kl)

Die Rechte mit Infoständen in Kerpen und Bergheim

Der Kreisverband Rhein-Erft von „Die Rechte“ organisierte am 6. September nach eigener Aussage einen Infostand in der Kerpener Fußgängerzone. Dort sammelte man unter anderem Unterstützungsunterschriften für den Antritt zur Europawahl 2019. Am 22. September fand am gleichen Ort eine weitere Mini-Kundgebung

statt, die unter dem Motto „Ursula Haverbeck ins Europaparlament!“ stand. Bereits am 1. September war die neonazistische Kleinstpartei mit einem Infostand in Bergheim vor Ort und setzte damit ihre Kampagne für die inhaftierte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck fort. (kl)

Kölner Modemarke positioniert sich gegen Rassismus

Am 7. September veröffentlichte das Kölner Model-Label „Armedangels“ eine rassistische E-Mail, die das Unternehmen zuvor per E-Mail erreicht hatte. Darin beschwerte sich der Absender oder die Absenderin offensichtlich über die Auswahl von nicht-weißen Models. Die E-Mail enthielt beleidigende und herabwürdigende Ausdrücke sowie die klassischen Bestandteile rassistischer Ideologie: die Konstruktion einer imaginierten Fremdgruppe („solche Exoten“), die scharf von einer Eigengruppe („uns Deutsche“) abgegrenzt und abgewertet wird.

Das Unternehmen reagierte mit einem öffentlichen Antwortschreiben auf die Hass-Mail und

wurde dabei sehr direkt: „Sie sind ganz offensichtlich...: ein Arschloch. Eine Person mit rassistischen Ansichten und Einstellungen. Ihre Aussagen verurteilen wir aufs Schärfste.“

Armedangels bezog in dem Schreiben außerdem deutlich Stellung für Respekt, Menschlichkeit und Toleranz. So heißt es: „Ihre Haltung passt nicht zu unserer Marke und der Überzeugung all unserer Mitarbeiter. Wir können sehr gut auf Kunden wie Sie verzichten.“ In den sozialen Netzwerken gab es daraufhin großen Zuspruch für diese sehr direkte und öffentliche Positionierung gegen Rassismus. (kl)

AfD Rhein-Sieg hetzt auf Facebook

Der AfD-Kreisverband Rhein-Sieg postete in den vergangenen Wochen mehrere grenzwertige Bildbeiträge auf seiner Facebook-Seite. Am 10. September äußerte man Kritik an der Asylpolitik der Bundesregierung. Dazu wurde ein Foto von Angela Merkel mit der Forderung „Absetzen und einsperren!“ gepostet. Drei Tage später folgte ein weiteres Meme (darunter versteht man Bildinhalte, die mit kurzen Aussagen verbunden und in den sozialen Netzwerken verbreitet werden): Das Foto zeigte offensichtlich einen Wärter, der Angela Merkel eine Gefängniszelle aufschließt. Darüber stand geschrieben: „ICH HATTE HEUTE NACHT EINEN TRAUM.“

Am 14. September teilte die AfD Rhein-Sieg dann ein Bild vom Viersener AfD-Bundestagsabgeordneten Kay Gottschalk. Darauf war eine rote Fahne mit weißem Kreis zu sehen. Mit einem schwarzen Hakenkreuz in der Mitte wäre es die Partei-Flagge der NSDAP gewesen, stattdessen stand dort aber in schwarz „SPD“.

Darüber war zu lesen: „SPD RADIKALISIERT SICH IMMER MEHR – DAS ENDE EINER EHEMALIGEN VOLKSPARTEI.“ In dem dazugehörigen Facebook-Beitrag heißt es unter anderem: „Mit früheren NSDAP Mitgliedern in den eigenen Reihen hatte man weniger Probleme (...)“ und „Wer ist da wirklich radikal?“ Kay Gottschalk war früher für die SPD aktiv. Marcus Pretzell wollte Gottschalk zum Spitzenkandidaten der AfD-NRW für die Bundestagswahl machen, scheiterte mit diesem Vorschlag aber auf einem Landesparteitag. Gottschalk sitzt heute für die AfD im Bundestag, ist stellvertretender Sprecher der Partei sowie finanzpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. 2017 galt der Viersener noch als „gemäßigt“ innerhalb der AfD. In einer Rede am 24. Januar 2018 beim Neujahrsempfang der AfD in Krefeld zitierte ihn die Rheinische Post am 25. Januar jedoch mit folgenden Worten: „Ich rufe alle Bürger guten Willens auf: Boykottiert die Läden der Türken in Deutschland, denn die fahren zu 70 Prozent auf Erdoğan ab.“ (kl)

Junge Alternative NRW wählt neuen Landesvorstand

Am 9. September wählte der nordrhein-westfälische Landesverband der Jungen Alternative einen neuen Vorstand. Carlo Clemens aus Köln wurde als Sprecher bestätigt. Der JA-Landesvorstand setzt sich nun aus elf Männern zusammen, gleich fünf und damit fast die Hälfte von ihnen kommen aus dem Regierungsbezirk Köln: Neben Clemens ist der Schriftführer Luca Leitterstorf der zweite Kölner im Vorstand. Aus Aachen sind Karsten Jungnitsch (Beisitzer) so-

wie der zum stellvertretenden Sprecher gewählte Peter Kayser dabei. Weiterhin als Beisitzer im NRW-Landesvorstand der Jugendorganisation der AfD dabei ist außerdem der Leverkusener Zacharias Schalley. Die Verfassungsschutzämter in Bremen und Niedersachsen wollen künftig die „Junge Alternative“ beobachten. In NRW kündigte Innenminister Reul eine Beobachtung von „Teilen der AfD“ an. (kl)

Kampagne „120 Dezibel“ in Bonn

Die Kampagne #120db („120 Dezibel – der wahre Aufschrei“) der Identitären Bewegung war am 18. September in der Bonner Innenstadt präsent. Unter dem Motto „Gegen Täterschutz“ hielten fünf Frauen ein Plakat hoch, auf dem „Schützt die Frauen und nicht die Täter!“ geschrieben stand. Anlass war der Beginn des

zweiten sogenannten Siegauen-Prozesses. Im Vorfeld des Prozesses war es in den sozialen Netzwerken zu einer hetzerischen Kampagne gegen den Strafverteidiger eines mutmaßlichen Vergewaltigers gekommen, die sich bis hin zu Morddrohungen zuspitzte. (kl)

Kundgebung von homophobem Bündnis „Demo für alle“ in Köln



Kölner Hauptbahnhof. Die Initiative hetzt unter anderem gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und reist derzeit mit einem sogenannten „Bus der Meinungsfreiheit“ durch Deutschland mit dem Ziel, bundesweit insgesamt acht Veranstaltungen durchzuführen. Auf Transparenten forderten die knapp 25 Teilnehmenden unter anderem „Schützt unsere Kinder!“, „Elternrecht wahren“, „Übergriffige ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘ stoppen!“ oder „Schaukelspaß statt ‚Doktorspiele!‘“. Begleitet wurde die homo- und transfeindliche

sowie antifeministische Kundgebung von lautstarken Protesten der ca. 450 Gegendemonstrant_innen. Zu einer Gegenkundgebung aufgerufen hatten „Cologne Pride“, der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) sowie das antifaschistische Bündnis „Köln gegen rechts“.

Bereits im September 2017 veranstaltete „Demo für alle“ eine Kundgebung auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz. Seinen Anfang nahm das Bündnis 2014 im Zuge von Protesten gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg, damals noch als „Initiative Familienschutz“, die maßgeblich von der AfD-Bundestagsabgeordneten Beatrix von Storch gesteuert wird. Zentrale Kritikpunkte waren unter anderem eine geplante Aufklärung der Landesregierung über LGBTI sowie die Zielsetzung, sich für eine Akzeptanz von Homo- und Transsexuellen einzusetzen. Seitdem hetzt die erzkonservative Initiative gegen Nicht-Heterosexuelle und bekämpft deren gesellschaftliche Emanzipation mit Kampfbegriffen wie „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“. (kl)

Abspraken zwischen AfD und der „Identitären Bewegung“

Wie der WDR am 16. September berichtete, traf sich Sven Tritschler, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im NRW-Landtag, im Frühjahr 2017 mit Martin Sellner, dem Kopf der „Identitären Bewegung Österreich“. Tritschler bestätigte dem WDR gegenüber das Treffen, das in Wien stattgefunden haben soll. Dem WDR liegt ein Anwaltsschreiben des Kölner AfD-Landtagsabgeordneten vor, demnach es sich „um einen rein informationellen Austausch“ gehandelt haben soll und keine politische Absprachen getroffen worden seien. Offiziell gibt es immer noch einen Unvereinbarkeitsbeschluss der AfD, der eine Zusammenarbeit mit Akteuren der extremen Rechten wie der „Identitären Bewegung“ untersagt. Dieser Beschluss wird jedoch bundesweit regelmäßig unterlaufen. Erst kürzlich berichteten wir über die engen Verbindungen

zwischen dem Leverkusener AfD-Kreisverband und der „Identitären Bewegung NRW“, die sich vor allem über den in Leverkusen ansässigen Verein „Publicatio e.V.“ ausdrücken (vgl. ibs-Newsletter September 2018). Besonders pikant erscheint das Treffen von Tritschler und Sellner vor dem Hintergrund, dass Tritschler 2016 – damals noch in Funktion des Bundesvorsitzenden der Jungen Alternative – sich scharf von den Identitären abgrenzte. Damals sagte er gegenüber der FAZ im Hinblick auf die Verfassungsfeindlichkeit der „IB“: „Wir sind es den Soldaten, Polizisten und Beamten unter uns schuldig, eine klare Linie zu ziehen. Und das machen wir auch.“ Bekannt wurde das Treffen in Wien durch die Buchveröffentlichung „Inside AfD“ von Franziska Schreiber, einem ehemaligen AfD-Mitglied. (kl)

Antisemitisches Plakat in Köln



Mitte September berichteten verschiedene Medien deutschlandweit über eine Buchhandlung in Köln. Die Marienbuchhandlung in der Pipinstraße hatte in ihrem

Schaufenster großflächig ein Bild des Wiesbadener Südfriedhofs mit der montierten Aufschrift „Abtreiben macht frei“ ausgestellt. Der Schriftzug ist dem des Stammlagers Auschwitz nachempfunden; dort, wie auch in anderen Konzentrationslagern der Nationalsozialisten prangte die Formel „Arbeit macht frei“. Auf dem Wiesbadener Südfriedhof werden abgetriebene Föten

beerdigt, weshalb militante Abtreibungsgegner seit längerem eine „Mahn- und Gedenkstätte“ auf dem Gelände fordern. Zu ihnen gehört auch der Betreiber des Kölner Buchladens Karl Noswitz. Er ist ebenfalls für verschiedene Webseiten verantwortlich, die alle Teil seiner Anti-Abtreibungskampagne sind. Die Holocaust-Relativierung ist dabei ein bewusst eingesetztes Mittel zur maximalen Skandalisierung und Provokation. Noswitz hat sich bereits mehrere Klagen eingefangen, so im Juli 2018 durch den Bischof von Limburg, der von ihm als „Komplize der Abtreibungsindustrie“ verunglimpft wurde. Wegen des Bildes im Schaufenster der Buchhandlung hat inzwischen der Kölner Bundestagsabgeordnete der Grünen Sven Lehmann Anzeige erstattet.

Laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ wurden die Scheiben der Buchhandlung am 19. September von Unbekannten eingeworfen. (fe)

Erneute Kundgebung von „Begleitschutz Köln“

Am 29. September fand am Breslauer Platz direkt am Kölner Hauptbahnhof erneut eine rechte Kundgebung statt. Anmelder war der Vorsitzende des „Begleitschutz Köln e.V.“, Dennis Mocha, der ca. 80 Personen des rechten Spektrums zur Kundgebung mobilisierte. Das entspricht ungefähr der Teilnehmenden-Zahl seiner letzten Kundgebung am 28. August an gleicher Stelle (vgl. ibs-Newsletter September 2018).

Im Vorfeld der Kundgebung versuchte sich Mocha an einer Mobilisierung über das extrem rechte Spektrum hinaus – unter anderem mit der Selbstbezeichnung als „Internationale Kölsche Mitte“ –, was ihm jedoch weitgehend nicht gelang. Die Kundgebung stand unter dem Motto „Demo gegen jegliche Form von Gewalt und Extremismus“, wenngleich sich die Teilnehmenden explizit aus Milieus rekrutierten, die Gewalt als konstituierendes Element begreifen: Türsteher, Rocker, Hooligans und Neonazis. Erneut ließ man kölsches Liedgut über die Boxen ertönen (Den „Stammbaum“ der Bläck Fööss oder „Mer sin eins“ von Kasalla).

Zwischenzeitlich waren auch eine italienische und eine türkische Flagge zu sehen und die 80 Teilnehmenden riefen sogar „Nazis raus“. Diese zum Teil irritierende Darbietung darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Organisatoren der Kundgebung und Teile der Anwesenden innerhalb der extremen Rechten verortet werden müssen. Dass man nicht unbedingt deutsch sein muss, um extrem rechte Einstellungen zu haben, bewiesen offensichtlich türkische Kundgebungsteilnehmer, die den sogenannten Wolfsgruß zeigten, ein Erkennungszeichen türkischer Faschisten und Nationalisten.

Der im Spektrum der Verschwörungsanhänger_innen beliebte Serge Menga hielt auf der Kundgebung einen Redebeitrag. Zudem war die im Kölner Raum aktive Gruppe „Widerstand steigt auf“ mit einem Transparent („Sichere Grenzen für unsere Familien“) vertreten. Ca. 750 Personen folgten einem Aufruf des antifaschistischen Bündnisses „Köln gegen rechts“ zu einer Gegenkundgebung unter dem Motto „Dem rechten Mob nicht die Straße überlassen!“ (kl)

Bildnachweise:

- S.4: NS-DOK/Jörn Neumann
- S. 7: NS-DOK/Jörn Neumann (o.), Fabian Stürtz (M.), Papyrossa (u.)
 - S. 8: Ben Wolf (o.)
 - S. 9: Wolfram Hagspiel (o.), Manfred Esser (M.)
 - S. 10: RBA (o.), NS-DOK (M.)
- S. 11: Christina Palitsch (o.), Emons Verlag (M.), monsterpics (u.)
 - S. 12: Ingrid Mehmel (o.), SoR (u.)
 - S. 14: Jan Krauthäuser (M.),
- S. 15: Alexander Schmalz (o.), Grigory Bernstein (u.)
 - S. 16: Lucia Muriel (o.), Noam Shalev (u.)
 - S. 17: Maya Zinshtein (o.), KGFCJZ (u.)
- S. 20: Kölnisches Stadtmuseum (M.), AGK (u.)
 - S. 21: Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0
 - S. 22: VVN Aachen (o.), editionfredebold (u.)
 - S. 23: ifz
 - S. 25: HBS
- S. 26: Bertelsmann-Stiftung
 - S. 27: ZfA/metropol
 - S. 31: ibs
 - S. 32: ibs

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile „Newsletter abbestellen“.